1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 38 vom 21. September 1984 — 18. Jahrgang — 1 DM

Diese Woche

Gelinkt

hat uns doch tatsächlich Nicolae Ceaucescu. Kaum schreiben wir, er schert wieder mal aus, schon tut er das Gegenteil und sagt seinen Besuch ebenfalls ab.

Obwohl man bei ihm mit allem rechnen muß, ist die Faustregel doch immer die gewesen, daß er da ist, wo das Geld, wo die Devisen sind. Dafür machte er den jeweils auf Bukarester Frühling oder nationale Eigenständigkeit oder was gerade gefordert war. Diesmal wollte er wohl nicht als einziger zu weit schaukeln. Dies ist zumindest bei konkreter Betrachtung seiner Politik der einzige denkbare Grund seiner Absage.

Verletzt

hat ausgerechnet der christdemokratische italienische Außenminister Andreotti seinen in Bonn regierenden Gesinnungsfreund. Und nicht nur den bloß weil der DC-Dauerbrenner gesagt hat, was viele Politiker des Kapitals in anderen kapitalistischen Ländern bekanntermaßen denken, war dreiviertel Bonn zutiefst beleidigt und verletzt. Es ist dabei das bezeichnendste, wie giftig der Bonner Ton werden kann, wenn die katalogisierte Phrasendrescherei auch nur um einen einzigen Ton verfehlt wird. Da kommt fast schon blanke Hysterie ans Tageslicht. Man kann sich bildlich vorstellen, wei die nach Osten ausgestreckte Hand vor Geilheit zittert, wenn sie schon so was auf die Palme bringt...

Billig-Abos:

Die ersten vier sind schon nach drei Tagen da. Denn: Es ist wieder so weit — auf vielfachen Wunsch. (Und natürlich zur Förderung des Absatzes). Die Billig-Abo-Zeit für den Roten Morgen ist angebrochen. Wir verweisen nicht nur auf die genaue Anzeige auf der Seite 12, sondern rühren auch hier die Propagandatrommel. Sollen wir anfangen aufzuzählen, was alles in unserer Zeitung steht, was in anderen, größeren, mit viel mehr Möglichkeiten, aus politischen Gründen nicht steht? Da käme eine Latte zusammen und nicht nur aus Betrieb und Gewerkschaft. Es lohnt. Ran an die Abos!

Bundestagsdebatte unterstreicht:

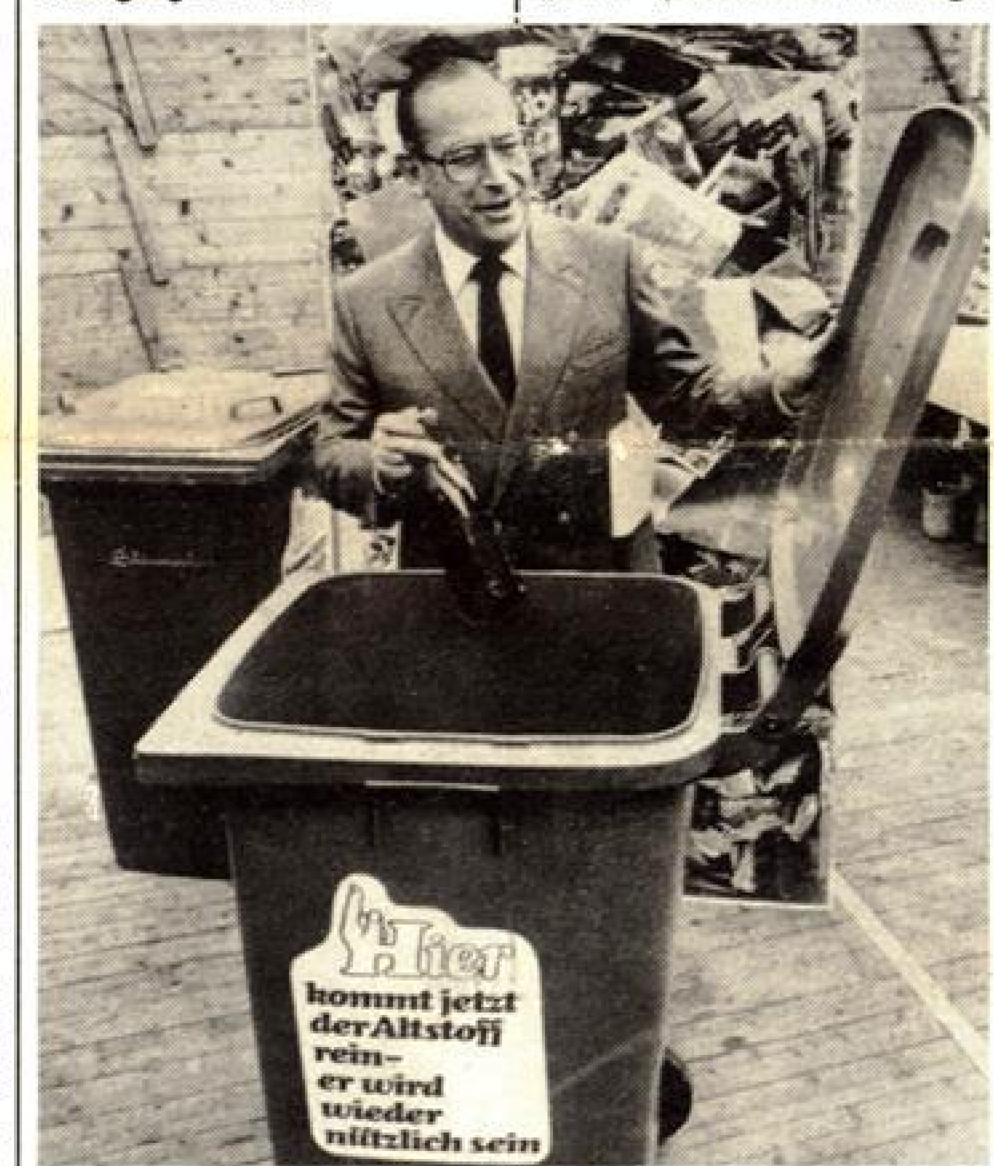
Haushalt 85 — damit die Reichen reicher werden!

Des Lobes voll über die „Arbeit" des Finanzministers waren die bürgerlichen Medien während und nach der Bundestagsdebatte über den Haushalt für das nächste Jahr. Arbeiter, Rentner und Jugendliche mußten sich in den letzten Jahren bereits dringend daran gewöhnen, daß der Bundeshaushalt nicht nur eine Sache ist, die sie was angeht, sondern eine Sache ist, die ganz direkt gegen sie geht. Wie sollte es anders sein, auch dieser Haushalt ist so. Nicht ganz so offensichtlich, mit einem weniger deutlich ausgestalteten „Katalog der Grausamkeiten" als Schmidts Haushalt 82 oder gar Kohls 84er, aber deutlich und spürbar genug.

Die Grundzüge des Haushalts (siehe dazu auch Seite 2) sind dieselben, wie aus den letzten Jahren gewohnt: klare Steigerung in erster Linie bei der weiteren Aufrüstung, in allen verschiedenen Ausgabeposten, die sie umfaßt. Klarer Ausgabenrückgang vor allem bei den Sozialausgaben. Ausgabensteigerungen aber auch in verschiedenen Bereichen, an denen das Großkapital aktuelles Interesse hat, wie die deutliche Zunahme bei der Post beweist — und auch bei der Forschung, wo sich Ausgaben auf bestimmte „Lieblingsprojekte" konzentrieren werden.

Am unverschämtesten, neben der bewußten Beschönigung der Lehrstellenfrage in Stoltenbergs Haushaltsrede, klang dabei die Behauptung, es gebe in diesem Jahr keine weiteren sozialen Kürzungen. Dreist, angesichts einer Haushaltsstatistik, die eben hier den deutlichsten Rückgang aufweist.

Und weitere Versprechungen gibt es: Die Steuerentlastung, die natürlich vor allem den Großeinkommen zugute kommt, das Privatisierungsprogramm, wo sie sich manche „Perle" werden unter den Nagel reißen können.



Damit die Reichen reicher werden, gibt es nicht nur den Rüstungshaushalt, an dem sie sich nach Belieben bedienen können. Da gibt es auch zahllose Subventionen, die unter allen möglichen sozialen Deckmänteln verteilt werden und in die Tresore von Konzernen und Großaktionären wandern, Steuergeschenke für sie und vieles andere mehr.

Der Haushalt 85 ist ein weiteres Produkt, das typisch ist für die Marke „Wenderegierung" — Umverteilung von unten nach oben in ganz drastischer und offener Weise. Rotstift und Aufrüstung werden die soziale Lage in der BRD weiterhin bestimmen. Wie heißt da der passende Spruch? „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!"

„Sie haben die 13 Toten vom Oktoberfest vergessen"

Prozeß gegen den Chef der „Wehrsportgruppe Hoffmann"

Im Nürnberger Schwurgerichtssaal, dem gleichen Saal, in dem nach dem 2. Weltkrieg die Kriegsverbrecherprozesse stattfanden, begann jetzt der Prozeß gegen Karl-Heinz Hoffmann, den Chef der faschistischen Bürgerkriegstruppe „Wehrsportgruppe Hoffmann".

Hoffmann und seine Freundin, Franziska Birkmann, sind des Mordes bzw. der Beihilfe zum Mord an dem jüdischen Verleger Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Frida Poeschke angeklagt. Hoffmann wir außerdem der Freiheitsberaubung, Nötigung und Körperverletzung an Mitgliedern der „Wehrsportgruppe Ausland" beschuldigt sowie der Geldfälschung, Strafvereitelung und Anwerbung für einen fremden Wehrdienst.

Als Staatsanwalt Otto Horn die Anklageschrift gegen Hoffmann und seine Freundin verlesen hatte, rief eine Zuschauerin im Gerichtssaal: „Sie haben die 13 Toten vom Oktoberfest in München vergessen!" Richter Rudolf Kolb, der nichts dabei fand, daß Hoffmann während der Verlesung der Anklageschrift über „Lüge" und „üble Verleumdung" zeterte, drohte der Zwischenruferin Saalverweis und Ordnungsgeld an, Hoffmann schreit, durch seinen Richter ermutigt, wieder laut von Verleumdung, fordert die Personalienfeststellung der Zuschauerin, um gegen sie Anzeige erstatten zu können...

Fortsetzung auf Seite 6

Nach der Drohung von Schwarz-Schilling

Postgewerkschafter organisieren Protest

„Beamte nicht als Streikbrecher einsetzen"

Am 27. August ließ der Postminister Schwarz-Schilling ein Rundschreiben an all seine „Untergebenen" versenden mit dem Titel „Betreff Streiks oder streikähnliche Maßnahmen von Beamten". Das Schreiben, das an die Oberpostdirektionen gerichtet ist, verweist darauf, daß die Sachlage eindeutig sei: Beamte dürften erstens nicht streiken und keine Streiks vorbereiten, zweitens würden sie an bestreikten Arbeitsplätzen eingesetzt. Streikbrecher also.

Dagegen hat die DPG (Deutsche Postgewerkschaft) eine Protestaktion mit Unterschriftenlisten organisiert — erstmalig in der Geschichte ihrer Tätigkeit. Denn erstmalig sieht sich die Gewerkschaft einer so offen vorgetragenen Konfrontationsabsicht gegenüber. Dieselbe Auseinandersetzung hatte es bereits beim Poststreik 1980 auch mit der alten Regierung Schmidt gegeben, die aber stets versucht hatte, politisch zu lavieren. Im Gegensatz dazu steht des Kabelhändlers Taktik, der offen die politische Auseinandersetzung sucht.

Seine Absichten dabei sind zweierlei: Zum einen geht es natürlich darum, Beamte zu dukken, Spaltung zu säen. Zum anderen geht es aber auch ganz direkt darum, einen möglichen Streik zu unterlaufen durch ein noch nie dagewesenes Streikbrecheraufgebot, auf diese Weise eine Aushöhlung des Streikrechts zu erreichen.

Das Landesarbeitsgericht in Köln hat das Vorgehen des Ministers bereits gebilligt, die nächste Instanz steht aus. Die Forderung, für die unter Beamten Unterschriften gesammelt wird, lautet ganz einfach, der Minister solle sein Rundschreiben vom 27. August zurückziehen. Für die Postgewerkschaft durchaus auch im eigenen Organisationsinteresse eine wichtige Frage, sind doch rund zwei Drittel ihrer Mitglieder Beamte...



Abschlußaktion Hildesheim

Samstag, 22. September ab 8.00 Uhr

Alle Norddeutschen sind am kommenden Samstag aufgerufen sich an den zentralen Protestaktionen gegen die Manöver im Raum Hildesheim zu beteiligen.

Ab 8.00 Uhr beginnen die Aktionen und drei Anlauforten aus, zwischen 6.00 Uhr und 8.00 Uhr soll „der Anlauf" stattfinden. Die drei Orte: Raststätte Wülferode an der A 7 von Hamburg: Autobahnausfahrt Bockenem ebenfalls an der A 7 südlich von Hildesheim und der Bahnhof Schellerten-Gardoizen (dort ist auch der Anlaufort für die KPD-Genossen, die sich am Parteistand erkundigen können, was konkret läuft).

Die Abschlußkundgebung ist um 15.00 Uhr in Hildesheim auf dem Paul-von-Hindenburg-Platz (heißt tatsächlich so).

Stoltenbergs Haushaltsrede

Die Rede, mit der Bundesfinanzminister Stoltenberg das Haushaltsgesetz 1985 im Bundestag einbrachte, signalisierte deutlich die ganze Argumentationsweise des bürgerlichen Lagers zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik. Keine Überraschung war demzufolge, daß der ganze folgende Troß, ob „FAZ", „Rheinischer Merkur", „Welt" oder „Zeit" die Diktion übernahmen. Zum einen wird der „Erfolg" der bisherigen Wirtschaftspolitik herausgestellt, drei von vier Zielen des Stabilitätsgesetzes seien erreicht, heißt dabei die Grundthese. (Was fehlt: die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, dafür brauche es noch mehr unternehmerische Freiheit). Zum anderen werden neue Vorstöße zum „Rückzug des Staates" aus der Wirtschaft angekündigt und wird vor allem in der Lehrstellenfrage eine fast unglaubliche Beschönigungspolitik gemacht. Im folgenden einige Auszüge:

(...) Dank der sich verbessernden Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen steigen die Ausfuhren in diesem Jahr besonders kräftig. Auch im Jahr 1984 wird die Bundesrepublik Deutschland einen Leistungsbilanzüberschuß erwirtschaften können.

Wenn wir die heutige Wirtschaftslage am Zielkatalog des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes messen, wird die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung der letzten Zeit besonders deutlich. 1981, im letzten Jahr unter der vollen Verantwortung der früheren Bundesregierung, wurde keines der Ziele des Stabilitätsgesetzes erreicht: weder Vollbeschäftigung **noch Preisstabilität noch** außenwirtschaftliches Gleichgewicht noch gar Wachstum. 1982 war diese Bilanz nur im außenwirtschaftlichen Bereich besser.

Diese Bundesregierung hat nach zwei Jahren schon bei drei von vier Zielen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes wichtige Erfolge errungen; bei Wachstum und Stabilität sowie im Außenhandel.

Wir schauen mit Genugtuung auf das Erreichte. Aber wir sind mit der Zwischenbilanz noch keineswegs zufrieden. Über zwei Millionen unserer Mitbürger sind immer noch ohne Arbeit.

Diese Zahl, hinter der sich eine Vielzahl von Einzelschicksalen verbirgt, bleibt für uns alle eine nachdrückliche Aufforderung, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft weiter zu verstärken, damit wir trotz aller demographischen Probleme und strukturellen Verwerfungen der siebziger Jahre auch auf dem Arbeitsmarkt endlich zu einer deutlichen Entlastung und Verbesserung kommen.

Ich sage das vor allem jenen, die heute schon wieder lautstark nach kreditfinanzierten Ausgabeprogrammen zur Konjunkturbelebung rufen. Das ist nach allen Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit nicht der richtige Weg.

Glaubwürdige, vertrauensbildende Stabilitätspolitik tut not, nicht ein Kurswechsel zurück in die siebziger Jahre.

(...)

Das ganze Ausmaß der staatlichen Expansion dokumentiert sich in zahlreichen Vorschriften und Programmen, die fast jede wirtschaftliche Handlung zu einer Begegnung mit dem Staat werden lassen. Als grobe, als ungefähre Richtschnur für den Umfang der Staatstätigkeit dient uns ja der Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt: Von 1969 bis 1982 stieg diese Quote von 39 Prozent auf fast 50 Prozent, im Durchschnitt Jahr für Jahr um fast einen Punkt. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Steuern und vor allem der Sozialausgaben am Bruttosozialprodukt, also die Abgabenquote, von 37,4 Prozent auf 42,5 Prozent.

Im Vergleich zur Ausgabenquote nur scheinbar eine moderate Entwicklung: Die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmendynamik wurde durch eine ausufernde öffentliche Neuverschuldung und die hemmungslose Auszehrung der finanziellen Grundlagen der Sozialversicherung geschlossen.

Im letzten Jahr konnte die Staatsquote wieder um einen Punkt auf rund 49 Prozent gesenkt werden, und sie wird in diesem Jahr aller Voraussicht nach um einen weiteren Punkt auf rund 48 Prozent zurückgehen. Bis Ende 1988, dem Ende des laufenden Finanzplans, hoffen wir, eine spürbare Verringerung auf rund 45 Prozent zu erreichen.

Die Umkehr ist langwierig und schwierig, doch sie lohnt. Beweglichkeit und Dynamik unserer Volkswirtschaft hängen entscheidend davon ab, daß sich private Investitionen, persönliche Anstrengungen und Initiative, berufliche Leistung und auch die Bereitschaft zur Übernahme von Risiken auszahlen.

(...)

Die Hauptlast der beruflichen Ausbildung liegt selbstverständlich bei den Ausbildungsbetrieben. Mit einem Rekordangebot an neuen Plätzen und abgeschlossenen Verträgen sind sie ihrer Verantwortung im vergangenen Jahr voll gerecht geworden. Auch für 1984 liegen bisher erfreuliche Zwischenergebnisse vor. Schon jetzt zeichnet sich ein weiterer Anstieg der Zahl der Ausbildungsplätze ab. Wir alle sollten auch als Bürger bis zum Jahresende jede sinnvolle Initiative unterstützen. Wer statt dessen voreilig Katastrophenmeldungen verbreitete, hat den jungen Menschen, die eine Chance suchen, nicht geholfen, sondern geschadet.

— Entschuldigen Sie, es liegt in Ihrer Mentalität, nur in Katastrophenbegriffen zu argumentieren, aber man sollte die große Leistung der Handwerker, der Kaufleute, der Bauern, der Industriellen, der Vertreter der Gewerkschaften und Schulen, die daran mitwirken, endlich einmal anerkennen und von dieser Stelle mit Dank quittieren.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Die Reaktion trumpft bei der Haushaltsdebatte auf

Was bedeuten die „Erfolge der Regierung"

Im Zuge der Debatte um den kommenden Haushalt im Bundestag haben die Koalitionsparteien und die ihnen verbundenen Medien eine intensive Kampagne gestartet, die als zentrales Thema die „bisherigen Erfolge der Regierung" hat. Drei der vier Ziele des Stabilitätsgesetzes seien erreicht. Das ist der Grundtenor

Die „drei Erfolge" der Regierung muß man selbstverständlich erstens genauer betrachten, **zweitens im Sinne der kapitalistischen Klasseninteressen bewerten.**

Was die Außenwirtschaft betrifft, so ist dies ein Bereich, in dem auch bereits 1982 sogenannte Erfolge, noch von der alten SPD/FDP-Regierung, erzielt worden waren. Dies ist natürlich ein breites Feld, aber das Zustandekommen von Fortschritten für die westdeutschen Kapitalisten in diesem Bereich beruht, neben anderem, auf zwei Faktoren. Einmal die im Vergleich zu anderen hochentwickelten kapitalistischen Ländern relativ niedrigen **Lohnstückkosten, also der wachsenden Auspressung der Arbeiterschaft.** Zum anderen auf gezielte Förderung aus der Staatskasse, ohne die potentiellen weiteren Belastungen durch serienweise Bundesbürgschaften mit zu berücksichtigen.

Was das immer wieder gelobte Wachstum betrifft, so ist es zum ersten dabei so, daß dieses immer noch weit unter der Produktivitätsrate liegt, weit unter den kapitalistischen Erwartungen und auch wenig Wahrscheinlichkeit besteht, daß sich dieses vielgerühmte Wachstum, das seither stets als Maßnahme gegen Arbeitslosigkeit verkauft wurde, in dafür wirksamen Größenordnungen entwickeln wird. Nicht umsonst bleiben hier sowohl die Selbstbeweihräucherungen der Regierung als auch die Lobesworte des Kapitals am meisten zurückhaltend.

Schließlich die Preissteigerungsrate, die angeblich nur noch 1,7 Prozent betrage. Sie muß man genau so skeptisch betrachten, wie man die offiziellen Angaben dazu von jeher kritisch betrachten mußte. Sie wird aber auch ausdrücklich als große soziale Tat dieser Regierung gefeiert. Nicht verbergen kann diese Lobeshymne jedoch die Tatsache, daß es beispielsweise Arbeitslosen wenig nutzt, wenn die Teuerung weniger schnell voran geht, solange die politischen Entscheidungen dazu führen, daß sie auch bereits nominell einfach weniger Geld bekommen.

Die bescheidene Anmerkung, es wäre sozusagen „nur ein Ziel verpaßt", soll natürlich darüber hinwegtäuschen, daß eben dieses Ziel, eben der Abbau der Arbeitslosigkeit, als Hauptziel angegeben worden war, zumindest in den leeren Wahlversprechungen der CDU/CSU. Alles andere sollte — einst — angeblich nur diesem Ziel dienen, und dabei kann man nun kaum behaupten, es habe sich positiv etwas geändert.

Was es da an sogenannten Fortschritten gegeben hat, das ist nichts, was sozusagen allen zugute kommt, oder von dem die Arbeiterschaft die Brosamen abbekäme — gar nichts bekommt sie ab. Für die Kapitalisten, die in verschiedenen Verbandsstellungnahmen ihre gewisse Zufriedenheit bezeugen, ist das alles immer noch nicht genug. Eine Alternative zu dieser Regierung sehen sie jedoch gegenwärtig — wenn überhaupt — höchstens weiter rechts. Denn was da real ist an den „Regierungserfolgen", kommt schließlich allein den kapitalistischen Interessen zugute ...

Privat oder staatlich: egal?

Stoltenbergs Ankündigungen

Unter einer ganzen Reihe von Ankündigungen, die Stoltenberg in seiner Haushaltsrede machte, ragte insbesondere seine Absichtserklärung heraus, „bald" ein Programm zur Privatisierung von Bundesbeteiligungen usw. vorzustellen. Gegen solche Absichten hatte es schon in jüngster Vergangenheit Proteste von Gewerkschaften gegeben. Auf der Linken gab es dazu verschiedene Haltungen, in starkem Maße auch die These, das bliebe sich sowieso gleich.

Die Argumentation dabei ist naheliegend: Wir leben in einem kapitalistischen Staat, welchen Unterschied soll es da machen, ob ein Betrieb privat oder staatlich ist?

Ganz so einfach ist es, konkret betrachtet, natürlich nicht. Zum einen, weil es eben auf einen staatlichen Betrieb die politische Schiene der Einflußnahme gibt, was die Kapitalisten so sehr ablehnen aus — für sie — guten Gründen. Zum anderen ist es traditionell so, daß in solchen Betrieben Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen im Durchschnitt besser liegen als in privaten, daß deshalb die erste Folgerung aus der Privatisierung eine eindeutige und spürbare Verschlechterung für die betroffene Belegschaft ist.

So ist es klar, daß, wie in der Vergangenheit schon in Niedersachsen beispielsweise, ein solches Regierungsprogramm zur Privatisierung, eine Kampfansage an die Belegschaften dieser Betriebe ist. Und selbstverständlich kalkulieren privatkapitalistische Betriebe noch viel direkter mit dem Profit, werden vor allem auch verschiedenste Dienstleistungen für die Öffentlichkeit entweder abgeschafft oder verteuert.

„Weniger Staat", das heißt ja nun in der üblichen Kapitalistensprache nicht etwa weniger Polizei, Armee, Gefängnisse — da wird bekanntlich munter weiter ausgebaut, sondern das heißt in erster Linie weniger Vorschriften, weniger Behinderung für die viel gepriesene unternehmerische Freiheit, Abbau von allem was „investitionshemmend" ist vom Arbeitsschutz bis zur Bauvorschrift.

Diese ganzen Tatsachen haben ja zu solchen Forderungen wie der nach Verstaatlichung bestimmter Industriezweige oder Firmen geführt, die in der konkreten Lage auch von unserer Partei geteilt wurden. Eben gerade weil man sich hier eine gewisse Einflußnahme, einen politischen Kampf darum jedenfalls erwartet hat und auch erwarten kann. Dementsprechend ist auch eine Kampffront gegen solche Pläne der Privatisierung von Nöten, denn nach allem, was anklingt, wird dieses Programm ziemlich weitgehend sein, zumindest in seinen längerfristigen Perspektiven.

Bundeshaushalt 85

Ausgaben in Millionen Mark gegenüber Etat-Soll 1984

Einzelplan	Entwurf 1985	Veränderung gegenüber Vorjahr — in Prozent —
Bundespräsidialamt	17,8	+ 2,9
Bundestag	403,9	+ 3,4
Bundesrat	11,0	+ 5,8
Bundeskanzleramt	475,2	+ 2,6
Auswärtiges Amt	2 396,7	+ 3,3
Inneres	3 642,5	+ 2,7
Justiz	377,2	+ 1,8
Finanzen	3 780,7	— 1,4
Wirtschaft	5 061,1	— 10,0
Ernährung, Landwirtschaft	6 423,0	+ 5,4
Arbeit und Soziales	57 898,5	— 3,1
Verkehr	25 166,1	+ 2,1
Post- und Fernmeldewesen	15,0	+ 51,5
Verteidigung	49 300,0	+ 3,7
Jugend, Familie und Gesundheit	18 073,7	— 2,2
Bundesverfassungsgericht	12,8	+ 3,4
Bundesrechnungshof	43,7	— 0,8
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	6 630,0	+ 3,3
Raumordnung, Bauwesen	5 271,7	— 0,8
Innerdeutsche Beziehung	615,3	+ 3,4
Forschung und Technologie	7 250,0	+ 2,9
Bildung und Wissenschaft	3 974,1	— 0,7
Bundesschuld	33 855,3	+ 3,4
Versorgung	10 015,7	— 2,4
Verteidigungslasten	1 709,0	+ 5,8
Zivile Verteidigung	827,8	+ 2,4
Allgemeine Finanzverwaltung	19 310,2	+ 13,3
Gesamtsumme	260 226,0	+ 1,2

Der Entwurf, den Stoltenberg letzte Woche im Bundestag einbrachte, im Vergleich zu der Planung für dieses Jahr (wobei bisher 84 die Tendenz ist, daß etwas weniger ausgegeben wird als geplant, gerade auch im Sozialbereich). Die Grundtendenz der letzten Haushalte bleibt: wachsende Rüstungsausgaben, wachsender Schuldendienst, sinkende Sozialausgaben.

Neuigkeiten in der „Parteispenden"-Untersuchung

Krank, gesetzlich und die Einsicht ...

Verschiedene Neuigkeiten gab es in der letzten Woche bei der Untersuchung der sogenannten Parteispendenaffäre. Dabei wurde erneut die konzentrierte Bemühung von Regierungsseite deutlich, die Sache auf möglichst kleiner Flamme zu halten.

Im ersten Prozeß in diesem Zusammenhang war der Pillenkapitalist Madaus schlicht — krank. An seinem ersten und am zweiten Tag. Da tobt bereits der Streit um die Verhandlungsfähigkeit, dieses — spätestens seit Herstatt — liebsten Instruments westdeutscher Geldleute, wenn sie doch einmal vor Gericht müssen. Und selbstverständlich ist es, daß in so einem Prozeß weder die sonst schrill **hetzende Springer-Presse** noch die „seriösen" Rechtsblätter dabei einen ungerechtfertigten Vorteil für den Angeklagten sehen, wie es sonst ihre Regel ist.

Seinen Auftritt wahr nahm dagegen der Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums Schlecht. Bei genauer Betrachtung widersprach er sich allerdings selbst ziemlich deutlich. Einmal sagte er, die ganze „Sache Flick" sei damals auf völlig normalen Bahnen gelaufen. Dann wieder sagte er, es hätten sich doch von vorneherein alle auf Ministerebene beteiligt, was eben nicht normal ist. Und dann gab er auch noch zu, daß damals verschiedene —politische — Möglichkeiten diskutiert worden seien mit Flick, um den betreffenden Steuerfreiheitsparagrafen nicht ins öffentliche Gerede kommen zu lassen ...

Dritte Neuigkeit: Entgegen des Beschlusses des Bonner Amtsgerichts befand das Kölner Oberlandesgericht, daß der Untersuchungsausschuß des Bundestages doch Einsicht in die Steuerakten Flicks bekommen soll — vor der Ferienzeit hatte es hierüber einige Auseinandersetzungen gegeben, weil dies das vom Kapital so heiß begehrte Steuergeheimnis angreift.

Und schließlich hat auch die rheinland-pfälzische Landesregierung einen Untersuchungsausschuß eingerichtet. Dies, nachdem in der „Zeit" ein ausführlicher Artikel erschienen war, in dem anhand zahlreicher Fakten behauptet worden war, daß erstens Rheinland-Pfalz ein Zentrum der Geldschiebereien sei und zweitens, daß Spitzenbeamte und -politiker dieses Bundeslandes direkt darin verwickelt gewesen wären ... Aber alles dies läuft eben so am Rande, findet keine größere Aufmerksamkeit der großen Medien mehr, was die Vermutung nahelegen könnte, daß es hierzu eben auch redaktionelle Weisungen gibt.

Auch die SPD hat nach wie vor — außer Einzelpersonen — offensichtlich kein allzu großes Interesse an einer wirklich gründlichen Untersuchung der ganzen Sache. Die dafür sichtbaren naheliegenden Gründe sind vor allem zwei: Erstens eigene Verwicklungen in den Skandal, zweitens die Erkenntnis, daß das Bekanntwerden des Kaufs politischer Entscheidungen ganz offensichtlich den „Gegnern des ganzen Systems" nutzt, und das wollen sie ja auch verhindern.

Nach dem IG-Chemie-Kongreß:

Weiter klarer Kurs – Sozialpartnerschaft – aber die Opposition war unüberhörbar!

So läßt sich in wenigen Worten das Ergebnis der ersten Septemberwoche in Berlin zusammenfassen — der Zeitraum des 12. Ordentlichen Kongresses der drittgrößten DGB-Gewerkschaft.

Nachdem in der Vergangenheit sowohl auf den Kongressen der IG Chemie wie durch organisatorische Maßnahmen unter Führung des SPD-Bundestagsabgeordneten Rappe — und seit 82 auch Vorsitzender dieser Gewerkschaft — die Opposition auszuschalten versucht wurde, war sie diesmal trotz allem in einer ganzen Reihe der 343 Anträge und durch Debattenredner deutlich zu spüren.

Dies machte sich fest in erster Linie an den Fragen der Tarifpolitik. So lagen eine ganze Reihe › on Anträgen vor, z. B. aus Bielefeld und aus Köln, in denen dem amtierenden Vorstand vorgeworfen wurde, sich nicht an die Beschlüsse vergangener Kongresse — und nach demokratischen Gesichtspunkten damit höchstem Beschlußgremium — gehalten zu haben. Das betraf insbesondere den vom Vorstand verlängerten Manteltarifvertrag über die Arbeitszeit — so wurde im Vorfeld der Arbeitskämpfe bei IGM und IG Druck und Papier im Jahre 1983 bei Chemie die 40-Stunden-Woche bis 1987 festgeschrieben.

Der Vorstand hatte sich gleichzeitig auch als Spalter der DGB-Gewerkschaften aufgeführt, als er — im Gegensatz zu den erwähnten Gewerkschaften — zusammen mit den anderen vier DGB-Gewerkschaften der „Fünferbande“ vom Bundeskanzler ein Vorruhestandsgesetz forderte, dann auch eins erhielt, aber bis heute noch nicht einmal einen einzigen Tarifvertrag dazu vorlegen konnte.

Der für die Tarifpolitik zuständige Horst Mettke nahm für sich in Anspruch, „entscheidend dazu beigetragen zu haben, daß Vorruhestandsregelungen heute bei den Arbeitnehmern zu den populärsten Forderungen gehören.“

In der Debatte über seinen Geschäftsbericht kam die Kritik an dieser Politik, an der objektiven Spaltung der Kampfkraft der DGB-Gewerkschaften durch mehrere Diskussionsredner deutlich zur Sprache. Von den 16 Delegierten, die sich zu Wort meldeten, nahm die überwiegende Mehrheit gegen den bisherigen tarifpolitischen Kurs in dieser Frage Stellung.

Das schlechte Ergebnis von Mettke, nur 10 Stimmen mehr als 1980, nur insgesamt 271 Stimmen von 417 Delegierten, machte dann bei der Besetzung des Vorstandes unübersehbar deutlich, daß zumindest diesem Teil der extrem sozialpartnerschaftlichen Politik von Rappe und Co eine starke Opposition entgegensteht.

Während Rappe davon sprach, daß die letzten Jahre unter seiner Führung erfolgreich für die IG Chemie gewesen seien, sprechen die Fakten ein anderes Bild:

- obwohl wegen ihres sozialpartnerschaftlichen Kurses weniger starken Angriffen der Unternehmer ausgesetzt, weniger in ihrer Arbeit behindert, sank der Anteil der organisierten Angestellten an den beschäftigten Angestellten in der Chemieindustrie von 26 auf 24 Prozent.
- Obwohl in 1300 Betrieben Vertrauensleutewahlen stattfanden, wurden nur in 960 davon auch Vertrauenskörperleitungen gewählt — in den anderen findet die Demokratie nicht statt? Offensichtlich noch Nachwirkungen der bis zur letzten Vertrauensleutewahl noch häufig geübten Praxis der Ernennung von Vertrauensleuten.
- Insbesondere im Bereich der Großchemie ist der Gesamtorganisationsgrad extrem gering — nur 45 Prozent der über 600000 Beschäftigten sind dort organisiert.

Ein anderes Feld der Auseinandersetzung auf dem Kongreß war die Frage des Arbeits- und Umweltschutzes. So forderten viele Redner, daß man offensiver und aktiver gegen Vergiftungen in den Betrieben und der Umwelt vorgehen müsse. Den Spottnamen „Giftgewerkschaft“, so ein Redner, trage man sonst zu Recht.

Schaut man sich allerdings das Verhalten des Vorstandes in einer solchen Frage wie der Auseinandersetzung um Formaldehyd an, so muß man daran zweifeln, daß sich die bisherige Politik allein durch den ein oder anderen guten Antrag oder den Appell an den Vorstand ändern wird. Kernsatz einer kurz vor dem Kongreß veröffentlichten **Erklärung des Hauptvorstandes** ist: „... wendet sich die IG Chemie gegen Panikmache und gegen undifferenzierte Produktionsverbote“. Damit wiederum in deutlichem Gegensatz zur IGM oder zur Gewerkschaft Holz und Kunststoff, deren Erklärung wir im letzten „Roten Morgen“ dokumentierten.



Proteste von Chemiegewerkschaftern gegen Willkür des Vorstandes



Kohl zum ersten Mal auf einem Gewerkschaftstag bei Rappe in Westberlin

Zu zwei aktuellen Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts

Wende in Kassel?

Warnstreiks, wie die neue Beweglichkeit, sind rechtens — Unternehmer unterlagen auch in der Frage des Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte bei der Einführung von EDV-Systemen, die eine Verhaltens- und Leistungskontrolle der Betroffenen ermöglichen. Dies sind die Schlaglichter der in der letzten Woche ergangenen Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts (BAG) in Kassel. Haben wir hier eine Wende zugunsten der Gewerkschaften, durchgeführt gerade von dem ersten Senat des BAG, dem der DGB vor kurzem noch völlig zu Recht vorwarf, in einer Reihe von Entscheidungen eine „durchgängige Tendenz gegen Arbeitnehmerrechte und Gewerkschaften zu vertreten“?

Zum Kern der Entscheidungen ist folgendes anzumerken:

1. In dem Fall der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates (Rank Xerox gegen den Gesamtbetriebsrat der Firma) ging es eindeutig um die Einführung von Technikerberichten über ihre Tätigkeit, die durch eine EDV-Anlage ausgewertet werden sollten — auf Leistungsgesichtspunkte. Eine solche technische Anlage ist aber nach den Buchstaben des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) eindeutig mitbestimmungspflichtig. Eine andere Entscheidung als die getroffene hätte also eine offene Änderung des BetrVG bedeutet — offensichtlich ein Schritt zurück.

2. In der Frage der Warnstreiks ist erstens festzuhalten, daß das BAG in seiner Begründung festhält an der Logik der sogenannten Ultima Ratio — d.h. das ein längerfristiger, andauernder Streik nach wir vor nur als letztes Mittel eingesetzt werden dürfte. Warnstreiks sollten gerade dazu dienen, einen solchen Streik zu verhindern. „Milder Druck“ solle von solchen Aktionen ausgehen, um die Verhandlungen zu beschleunigen. Positiv ist, daß das Koalitionsrecht — und damit das Streikrecht — zumindest für Warnstreiks — auch für die Auszubildenden mit festgeschrieben wurde.

So gesehen sind also beide Urteile keine Wende. Sie sind zu sehen vor dem Hintergrund des vergangenen Arbeitskampfes und der — trotz aller Mängel — sichtbarer gewordenen Streik- und Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaftsbewegung. Eine Erkenntnis, der sich die Richter nicht unbeeinflußt gegenüber zeigen konnten. Woran deutlich wird, daß „Rechtsfragen“ eben keine reinen juristischen Fragen sind, sondern auch Ergebnis der Klassenkräfte und ihrer Entwicklung.

Ansonsten haben die Unternehmer — sowohl Kirchner von Gesamtmetall, wie Stihl aus Baden-Württemberg ihre weitere Taktik klar benannt:

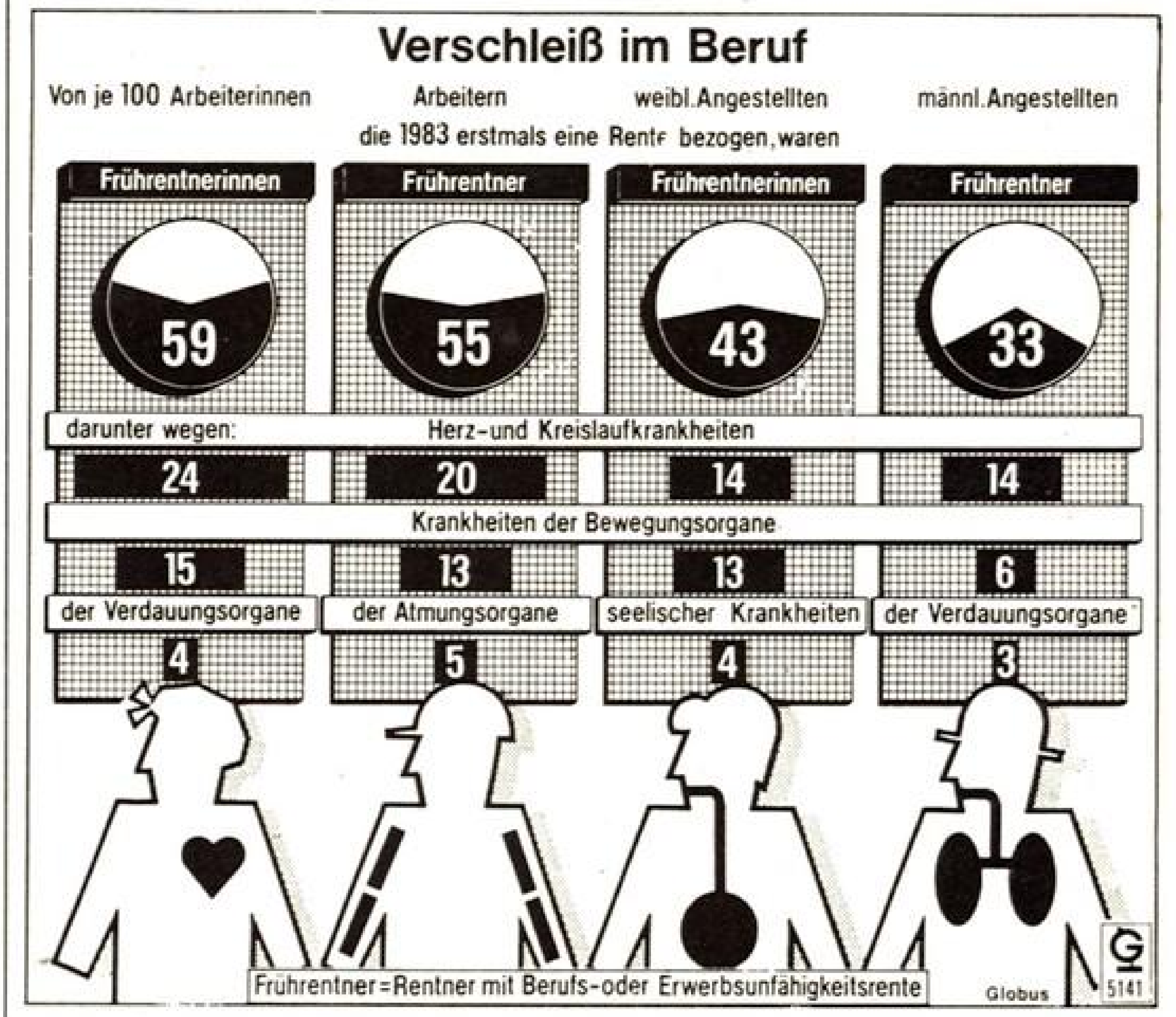
- erstens würde man sich jetzt natürlich überlegen müssen, zum Bundesverfassungsgericht zu gehen, um dieses Urteil aufheben zu lassen
- zweitens würde man selbst überlegen, wie man eigene Arbeitskampfmittel gegen die „Neue Beweglichkeit“ in Einsatz bringen könne
- drittens schließlich brachte Stihl erneut die Überlegung eines Verbändegesetzes zur Sprache.

Aus dem öffentlichen Raum wurde den Unternehmern schon Zustimmung bedeutet — so äußerte der Dominikaner-Pater Streithofen bereits, mit dieser Entscheidung sei das Streikrecht zum „Faustrecht“ entartet. Die Fachverbände des Handwerks, denen er dies kundtat, begrüßten diese Äußerung begeistert.

Positiv an der Verhandlungsführung der IGM vor dem BAG ist, daß der politische Zusammenhang der Klagen deutlich benannt wurde: „... Die Arbeitgeber seien bemüht, die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften mit staatlicher Hilfe einzuschränken. Dabei finden die Arbeitgeber eine bisher nicht gekannte Kooperationsbereitschaft staatlicher Stellen ... Im Zeichen der Wende sollten die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften verschlechtert werden.“

Vor dem Hintergrund der beginnenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst ist diese Entscheidung insofern positiv, als ja auch noch Klagen der „öffentlichen Dienstherrn“ aus der Tarifrunde 1983 gegen die ÖTV beim BAG anhängig sind — in diesem Sinne sind die Mobilisierungsmöglichkeiten in diesem Bereich sicher einfacher geworden.

Immer früher in Rente . . .



Jedoch nicht wegen gesetzlicher Senkung des Rentenalters — sondern wegen immer stärkerem Verschleiß durch höheren Streß und Arbeitshetze in den Betrieben.

Die untenstehende Tabelle macht deutlich, daß über 50 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter das „normale“ Rentenalter gar nicht mehr erreichen, sondern vorzeitig verrentet werden. Wer schon einmal an einem Einzelfall nachvollzogen hat, wie kaputt jemand sein muß, um Berufs- oder gar Erwerbsunfähigkeitsrente zu erhalten, weiß auch, daß die angegebenen Zahlen nur die Spitze des Eisbergs in bezug auf den Gesundheitszustand der abhängig Beschäftigten sind.

Die Angst der Linken nach dem Abschluß

Bereits im Vorfeld der Streiks in der Metall- und Druckindustrie wurde deutlich, daß eine Reihe linker Organisationen den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich weniger (oder auch gar nicht) unterstützten, sondern vor allem kritisierten. Es kam zu der höchst schädlichen Situation, daß, während die aktiven Gewerkschafter der IG Metall und der IG Druck in den Betrieben um die Herstellung der Streikfähigkeit der Gewerkschaften bemüht waren, ein Teil der sozialistischen Organisationen vor allem die Unausweichlichkeit der Niederlage ins Bewußtsein der Kolleginnen und Kollegen zu rücken suchte. Mit wesentlichen Argumenten dieses Teils der Linken haben wir uns bereits im Roten Morgen (1) auseinandergesetzt. Insofern ist es auch weiter nicht verwunderlich, daß es nun innerhalb der linken Organisationen erhebliche Differenzen in der Beurteilung der Streikkämpfe und ihrer Resultate gibt.

Der „Arbeiterkampf“ eröffnet einen Artikel zur Beurteilung der Streikkämpfe in der Metall- und Druckindustrie und der Abschlüsse Metall, Stahl, Druck mit einer eher erstaunlichen Behauptung: „Das Tabu ist gebrochen“ — Gewerkschaften, die meisten Strömungen der Linken und eine Reihe der Medien stimmen darin überein, daß das Durchbrechen eines Tabus die alles entscheidende Bewertung des Tarifabschlusses ausmacht.“ (2)

Erstaunlich ist diese Behauptung deshalb, weil außer der DKP kaum eine linke Organisation zu einer solchen Einschätzung gelangt ist. Auffällig ist eher das Gegenteil: Organisationen wie der KB, der BWK oder die Gruppe um die Zeitschrift „Revier“ sind über die notwendige schonungslose Kritik der Tarifabschlüsse hinaus krampfhaft bemüht, eine eindeutige Niederlage der Gewerkschaften (KB), eine Kapitulation der IG Metall (Revier), eine Pleite der Gewerkschaften und einen politischen Zugewinn der Bourgeoisie (BWK) nachzuweisen.

Es kann gewiß nicht darum gehen, derartigen Beurteilungen eine Verteidigung der Tarifabschlüsse entgegenzuhalten. Um solche—Mißverständnissen vorzubeugen, sei noch einmal die zusammenfassende Bewertung der Tarifabschlüsse Metall, Stahl, Druck durch den „Roten Morgen“ in Erinnerung gerufen:

„Zieht man ein allgemeineres Fazit der Tarifbewegung in der Metall-, Stahl- und Druckindustrie, wird man sagen müssen, daß von einem Erfolg hinsichtlich des Tarifergebnisses nicht gesprochen werden kann. Nicht nur deshalb nicht, weil die 35-Stunden-Woche nicht durchgesetzt wurde und die erkämpfte Arbeitszeitverkürzung zu gering ausgefallen ist, nicht nur deshalb nicht, weil weiter Reallohneinbußen hingenommen wurden, sondern vor allem auch deshalb, weil es den Kapitalisten gelungen ist, Elemente der Flexibilisierung und damit eine für die Gewerkschaften sehr gefährliche Weichenstellung durchzusetzen.

Vor Übertreibungen muß andererseits gewarnt werden: Die Unternehmer haben keineswegs auf der ganzen Linie gesiegt. Dazu ist die Durchbrechung der 40-Stunden-Woche denn doch zu wichtig. Die Abschlüsse stellen einen für die Gewerkschaften schädlichen, wichtige Interessen und Bestrebungen der Arbeiterklasse preisgebenden sozialpartnerschaftlichen Kompromiß dar. Eine Kapitulation der IG Metall und der IG Druck & Papier markieren sie nicht.“ (3)

Das durchbrochene Tabu — ein Mythos?

Peter Dietrich schreibt im „Revier“: „Die Gewerkschaft hat **nichts** erreicht.“ (4) Nichts? Wurde nicht immerhin die 40-Stunden-Woche gekippt? der KB argumentiert wie folgt: Der Tabu-Katalog der Unternehmer, in dem diese die Unantastbarkeit der 40-Stunden-Woche festschrieben, stammt von 1965, die letzte bekannte Fassung vom 16. März 1978. Inzwischen aber geht es den Unternehmern nicht mehr um die Festschreibung der 40-Stunden-Woche, sondern nur noch um die Flexibilisierung. Insofern ist das Gerede vom durchbrochenen Tabu der 40-Stunden-Woche nur ein Mythos. (5)

Der „Arbeiterkampf“, der unserer Partei vorwirft „von einer anderen Klassenwirklichkeit zu träumen“, was für Revolutionäre ja an sich noch nicht unanständig ist, muß sich schon fragen lassen, wovon er eigentlich träumt.

Haben wir geträumt oder war es nicht tatsächlich so, daß das organisierte Unternehmertum Millionen ausgegeben hat, um mit einer in dieser Massivität für die BRD bislang einmaligen Propagandakampagne jede Abkehr von der 40-Stunden-Woche als Ruin der Wirtschaft darzustellen?

Haben wir geträumt, oder war es nicht tatsächlich so, daß die Regierung massiv gegen die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit aufgetreten ist, daß Unternehmerfunktionäre wie Kirchner immer wieder erklärt haben, ein langer Streik sei immer noch besser als 5 Minuten Arbeitszeitverkürzung?

Schließlich: Wenn diese Tarifabschlüsse etwa in der Metallindustrie einschließlich der in ihnen enthaltenen Flexibilisierungs-Elemente so im Sinne der Unternehmer sind, warum blieben dann die „Signale“, die Franz Steinkühler und andere führende Funktionäre früh im Vorfeld des Streiks an die Unternehmer sandten, um ihnen Kompromißbereitschaft der IGM-Führung ganz im Sinne des späteren Leber-Vorschlags anzudeuten, ohne jede positive Reaktion? Warum dann überhaupt erst dieser für westdeutsche Verhältnisse ungewöhnlich lange Streikkampf, der ausgedehnte kalte und heiße Aussperrungsterror der Unternehmer?

Wenn, wie der BWK so beharrlich behauptet, für die Unternehmer die Frage der Verwirklichung der Lohndrückerei so viel wichtiger war als die Frage der Verteidigung der 40-Stunden-Woche, warum machten sie dann ausgerechnet in dieser Tarifbewegung schon lange vor Verhandlungsbeginn ein Angebot zur Lohnerhöhung?

Viele Fragen bleiben offensichtlich ohne Antwort, wenn man sich weigert, anzuerkennen, daß die Festschreibung der 40-Stunden-Woche das vorrangige Ziel der Kapitalisten in dieser Tarifrunde war.

Stand die Frage des „Sein oder Nichtsein“ der Gewerkschaften?

Der „Arbeiterkampf“ schreibt: „Auch die Behauptung, es wäre in der abgelaufenen Tarifrunde um die Zerschlagung der Gewerkschaften („Sein oder Nichtsein“) gegangen, gehört zu den Legenden, die mit dazu beitragen, die Elle Erfolg oder Mißerfolg falsch anzulegen. Es gibt keine Stimme aus Regierungs- und Unternehmerlager, die eine solche Behauptung belegen könnte ... Die Auseinandersetzungen im Unternehmerlager, wie diese Tarifrunde durchzusetzen ist, gingen neben der Durchsetzung der eigenen Interessen immer auch um die zukünftige Rolle, die die Gewerkschaften im marktwirtschaftlichen System spielen sollen. Differenzen gab es um die Frage, ob man Gewerkschaften wie die IGM oder IG Druck ganz in die Knie zwingen könnte zugunsten anderer Strömungen im DGB oder ob man weiterhin auf Zusammenarbeit setzen kann, indem den Gewerkschaften eine Kompromißbrücke gebaut wird.“ (6)

Nun scheint uns die Legendenbildung, die der „Arbeiterkampf“ hier festzustellen glaubt, ausgesprochen hausgemacht zu sein. Steinkühlers Äußerung, es gehe in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich auch um die Frage des Seins oder Nichtseins der Gewerkschaften, war ja nun wirklich nicht gleichzusetzen mit der Behauptung, in dieser Tarifbewegung habe die Zerschlagung der Gewerkschaften gedroht. Sicher hat es auch unrealistische Übertreibungen dieser Art gegeben. Aber es kann doch keine Rede davon sein, daß es eine allgemeine Mobilisierung unter dem Motto gab, jetzt müsse die Zerschlagung der Gewerkschaften verhindert werden.

Die Frage des Seins oder Nichtseins der Gewerkschaften aber war in dieser Tarifbewegung tatsächlich aufgeworfen und ist es weiterhin. Wenn der „Arbeiterkampf“ feststellt, daß die Auseinandersetzung im Unternehmerlager auch um die zukünftige Rolle der Gewerkschaften im marktwirtschaftlichen System ging, ist das ja durchaus zutreffend. Nur bedeutet das andererseits, daß die Auseinandersetzung im Unternehmerlager darum ging, daß die Gewerkschaften die bisherige Rolle nicht mehr weiterspielen sollen. Das aber eben ist das politisch Neue.

Noch in der Endphase der sozialliberalen Koalition ist in den Unternehmerorganisationen eine Strömung vorherrschend geworden, die die bisher praktizierte Linie der sozialpartnerschaftlichen Einbindung der Gewerkschaften aufkündigen will. Diese Politik der sozialpartnerschaftlichen Einbindung erscheint der nach unserer Einschätzung mittlerweile vorherrschenden Strömungen unter den Kapitalisten schlicht als zu kostspielig; denn sie setzt immer in gewissem Umfang Zugeständnisse an die Gewerkschaften und ihre Forderungen voraus. Die Verabschiedung der SPD aus der Regierung sollte die Voraussetzung im politischen Raum dafür schaffen, eine Mehrheit für einen Konfrontationskurs gegenüber den Gewerkschaften zu mobilisieren.

Gewiß: Überlegungen, umstandslos zur terroristischen Zerschlagung der Gewerkschaften überzugehen, spielen gegenwärtig in den ausschlaggebenden Unternehmerkreisen keine nennenswerte Rolle. Für derartige Überlegungen fehlen trotz Wende (noch) die politischen Voraussetzungen. Aber wenn die Unternehmer erklären, daß sie Gewerkschaften wollen, die nicht mehr auf dem „starren Kollektivprinzip“ beruhen, sondern auf dem „flexiblen Individualprinzip“, dann werden sie wissen, daß eine Veränderung etwa der IG Metall in diese Richtung deren bis an die Grenze der Zerstörung reichende Schwächung zur Voraussetzung hat.

Wer freilich wie der „Arbeiterkampf“ meint, der Unterschied zwischen dem, was die Unternehmer wollen und dem was ist, sei hinreichend durch den Unterschied zwischen der IG Metall und der IG Chemie ausgedrückt, der mag sich die Umwandlung der bestehenden sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften in „Gewerkschaften nach Art des Hauses Siemens“ friedlich vorstellen.

Der IG-Chemie-Vorsitzende und SPD-Bundestagsabgeordnete Rappe erklärte in der aktuellen Stunde des Bundestages „Zur Lage im Arbeitskampf“: „Herr Bundeswirtschaftsminister, Sie haben meiner Ansicht nach heute morgen hier im Parlament eine Rede gehalten, das war nicht nur eine schlimme, sondern das war eine antigewerkschaftliche Rede, die jeden im Deutschen Gewerkschaftsbund, jeden Vorsitzenden in eine klare Konfrontation zu diesem Kabinett bringen muß.“ (7)

Lambsdorff hatte u.a. gesagt: „Es wäre geradezu ein grotestkes Ergebnis, wenn die Mehrheit der Bevölkerung, die die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ablehnt, in ihrer Eigenschaft als Beitrags- und Steuerzahler nun dazu herhalten müßte, die Kosten dieses Streiks zu finanzieren.“ (8)

Man kann es sich leicht machen und Rappes Empörung über Lambsdorffs Ausführungen zum Thema „Volksschädlichkeit von Streiks und ihre notwendige Bestrafung durch den Franke-Erlaß“ als Theaterdonner abtun. Tatsache ist aber: Wenn ein angeblicher Wille der Bevölkerungsmehrheit hiermit ins Feld geführt wird, um Gewerkschaftsforderungen für illegitim zu erklären, wenn der Franke-Erlaß in aller Offenheit so begründet wird, daß die Interessen der Mehrheit der Steuer- und Beitragszahler vor dem Streik geschützt werden müssen, dann hat auch die für DGB-Verhältnisse äußerst rechte Führung der IG Chemie Grund, das für „antigewerkschaftlich“ zu halten; denn auch wer vor Kapital und Reaktion schon platt auf dem Bauch liegt, hat immerhin noch eine Stellung zu verlieren.

Auch die Organisation und Tätigkeit der IG Chemie beruht auf dem, was die Wendepropaganda als „starres Kollektivprinzip“ zu verteufeln sucht, auf dem Anspruch, kollektiv eine einheitliche Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten in der Chemieindustrie darzustellen und auf dem Anspruch, in eben dieser Rolle von den Kapitalisten akzeptiert zu werden. Nein, es ist eine glatte Verharmlosung der Bestrebungen von Kapital und Reaktion, zu behaupten, es ginge ihnen nur darum, die IG Metall auf den Kurs der IG Chemie zu bringen.

Amerikanisierung, Japanisierung?

Da liegt die „Revier“ wohl schon richtiger, wenn sie die Gefahr der „Amerikanisierung“ oder — noch schlimmer — der „Japanisierung der Gewerkschaften“ aufzeigt. (9) Tatsächlich kommt die Verfassung der Gewerkschaften in Japan den Wunschvorstellungen der Kapitalisten gegenwärtig wohl durchaus nah. Nur: So nützlich es sein mag, sich etwa das japanische Beispiel vor Augen zu halten, um zu verdeutlichen, wohin die Reise gehen könnte, so unsinnig ist eine technokratische Betrachtungsweise des Problems. Die DGB-Gewerkschaften lasen sich nicht einfach „japanisieren“, weil die politischen, einschließlich der gewerkschaftspolitischen, ökonomischen und klassenmäßigen Verhältnisse in Westdeutschland völlig andere sind als die, die in Japan vorlagen und von denen aus die „Japanisierung“ der japanischen Gewerkschaften eingeleitet wurde. Ironischerweise wurden in Japan ausgerechnet die westdeutschen Mitbestimmungserfahrungen studiert, was auch zur „Japanisierung“ der japanischen Gewerkschaften beigetragen hat.

Die „Japanisierung“ der Gewerkschaften ergibt sich nicht einfach daraus, daß bestimmte Elemente der Flexibilisierung Eingang in Lohnrahmentarifverträge finden. Genauso wenig, wie die Tatsache, daß die Unternehmer über die ihnen genehme zukünftige Rolle der Gewerkschaften im marktwirtschaftlichen System diskutieren, die gegebene Rolle der Gewerkschaften aus der Welt schafft. Das ist eine Frage des gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisses und darum wird im Klassenkampf entschieden.

Darum ging es auch in dieser Tarifbewegung und darum wird es auch weiterhin gehen. Die Wende, die in Bonn eingeleitet wurde, sollte nun von Kapital und Reaktion in der Arena des Klassenkampfes durchgesetzt werden. Die ausschlaggebenden Kreise der Metallindustriellen wollten die IG Metall zur Kapitulation zwingen. Sie wollten das Vertrauen der Metallarbeiterschaft in die Durchsetzungsfähigkeit gewerkschaftlicher Forderungen — und damit die Durchsetzungsfähigkeit der IGM selbst — zerstören. Die Führung der IG Metall wollte das durchaus ehrlich verhindern, wie sie auch verhindern wollte, daß ein sich radikalisierender massenhafter Durchsetzungsstreik das Fundament der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Kapital zertrümmere. Kapital und Wendestrategen haben dieses Ziel, die IGM zur Kapitulation zu zwingen, nicht erreicht, die Führung der IGM hat verhindert, daß die Metallarbeiterschaft diese Situation in ihrer Stärkung nutzen konnte.

„Arbeiterkampf“ und „Revier“ (letztere besonders ausgeprägt) ersetzen die Analyse des im Kampf zutagegetretenen gesellschaftlichen Kräftever-

Polizeieinsatz gegen Streikposten — alles Schaukampf oder wie?

hältnisses durch die schlichte Wiedergabe dessen, was die Unternehmer tatsächlich oder vermeintlich vorhaben. Die Folge ist, daß die Unternehmer allmächtig erscheinen, daß die Arbeiterbewegung auf verlorenen Posten steht, daß die Niederlage nur total gewesen sein kann. Um das glaubhaft zu machen, werden die tatsächlich großen Gefahren der kapitalistischen Flexibilisierungspläne mit dickem Pinsel ausgemalt — nur daß tatsächlich die getätigten Abschlüsse den Unternehmen solch weitgehende Handhaben gegen die Gewerkschaften und die Belegschaften keineswegs bieten. Derartig unrealistische Übertreibungen werden dann mit der Formel „Negative Weichenstellung auf lange Sicht" (10) versehen. Weniger hysterisch wird's deshalb noch lange nicht.

Bemerkenswert ist, daß die Heftigkeit, mit der der Abschluß in der Metallindustrie als totale Niederlage eingeschätzt wird, keineswegs zu einer ähnlich heftigen Kritik an der IG-Metall-Führung führt. Der „Arbeiterkampf" meint traurig: „Die Perspektive für eine autonome Politik der Linken in Betrieben und Gewerkschaften ist angesichts der beschriebenen Entwicklungen nicht einfacher geworden." (11) Was immer diese „autonome Politik der Linken" sein soll: Wer nach einem Streikkampf wie dem in der Metall- und Druckindustrie nur festzustellen weiß, da er „keine neue Qualität von Arbeiterbewegung in der BRD entdeckt" (12), hat auch keine einfacher werdende Perspektive verdient. Der hat ein Recht darauf, sich ungestört dem Weltschmerz hinzugeben.

Der BWK findet „eilige Schuldzuweisungen an die sogenannten Sozialpartner und Klassenversöhnler in den Gewerkschaftsvorständen" „langweilig" und „hilflos". (13)

Und „Revier" meint: „Sicherlich waren die Aktionen, die der IGM-Vorstand anzettelte, sowie deren Resultate nicht irgendwie langfristig geplant oder positiv gewollt. Eine Strategie des Verrats und Schädigung der eigenen Mitgliedschaft liegt sowenig vor wie überhaupt eine klare Strategie ..." (14)

Das sind schon Füchse — die Jungens vom „Revier". Da beschwören sie ein furchtbar langes Heft lang den Untergang der Gewerkschaften, und am Schluß stellt sich raus, daß dabei keiner geschädigt wird. Dann geht's ja noch. Oder?

Anmerkungen

1. *vgl. RM 21/1984 „Kritische Solidarität"?*
2. *Arbeiterkampf 249/27. August 1984: Auf dem Weg zu einer „neuen Sozialpartnerschaft"*
3. *RM-Sonderdruck Was hat 's gebracht?, S. 3*
4. *Revier 8/1984; Peter Dietrich, Selbstaufgabe der Gewerkschaften, S. 38*
5. *vgl. Arbeiterkampf, a. a. O., S. 4, Spalte 1/2*
6. *Arbeiterkampf, a. a. O., S. 5, Spalte 1*
7. *zitiert nach: Das Parlament, Nr. 23-24/9./16. Juni 1984, Seite 10*
8. *zitiert nach: ebenda*
9. *vgl. Revier 8/1984: Uwe Höfkes, Leberhaken oder der härteste Arbeitskampf in der BRD, S. 32*
10. *Arbeiterkampf, a. a. O., S. 4, Spalte 2*
11. *Arbeiterkampf, a. a. O., S. 6, Spalte 1*
12. *ebenda*
13. *vgl. Beilage zu den Publikationen von BWK, FAU/A, FAU/R, KPD, NHT, S. 2, Spalte 3*

Korrespondenz aus Stuttgart

Die 38,5 Stunden einheitlich durchsetzen!

Aktuelle Diskussionen und Probleme in der IG Metall Stuttgart

Am 8. September wurde von der Ortsverwaltung der IG Metall Stuttgart auf einer Vertreterversammlung der Startschuß für die Umsetzung des neuen Tarifvertrages gegeben. Franz Steinkühler war da, und es gab eine sehr interessante Diskussion.

Doch zuerst zu dem Vorschlag, mit dem die IG Metall vor die Belegschaften gehen will.

Kurz zusammengefaßt, sieht der so aus:

Ziel ist es, die Arbeitszeitverkürzung einheitlich für alle Beschäftigten auf 38,5 Stunden festzulegen.

Kriterium für die Art dieser Verkürzung sollen sein:

daß jeder spürbar etwas davon hat;

daß die Unternehmer zu Neueinstellungen gezwungen werden.

Oder wie es Franz Steinkühler formulierte: „Ob das Ergebnis der diesjährigen Tarifrunde ein Erfolg war, entscheidet sich daran, ob die Kollegen im Betrieb tatsächlich eine Verbesserung ihrer Situation spüren."

Vorgeschlagen werden drei Umsetzungsmodelle:

1. jeden Freitag mittag 1 1/2 Stunden früher Feierabend;

2. jeden zweiten Freitag nachmittag frei;

3. nach 26/26 Arbeitstagen einen zusätzlichen Tag frei.

Nicht empfohlen wird, die Arbeitszeitverkürzung täglich zu fordern; das wären 18 Minuten pro Tag, und es liegt auf der Hand, daß das nicht besonders attraktiv sein würde, wie auch die Unternehmer Gelegenheit hätten, hier durch Leistungsverdichtung den Effekt wieder zunichte zu machen.

Grundsätzlich ist dieser Vorschlag unterstützenswert, und jeder klassenkämpferische Gewerkschafter sollte für seine Durchsetzung kämpfen. Allerdings muß man sowohl einen Blick zurückwerfen wie auch auf die aktuelle Situation, um die Rahmenbedingungen oder besser gesagt die Haken und Ösen zu verstehen, die damit verbunden sind.

Mit dem abgeschlossenen Tarifvertrag haben wir weder die 35-Stunden-Woche noch einen realen Einstieg erreicht. In diesem Sinne ist unser Vorschlag nur die Konsequenz daraus: er läuft auf eine Freischichtenlösung heraus.

Weiter müssen wir uns erinnern, daß dieser Tarifvertrag, den Unternehmern die Möglichkeit einräumte, die individuelle Arbeitszeit zwischen 37 und 40 Stunden schwanken zu lassen bei gleichzeitiger Festschreibung, daß die Maschinennutzungszeiten bestehen bleiben.

Dem muß auch der Vorschlag der IG Metall Rechnung tragen, einmal indem noch einmal ausdrücklich auf die Möglichkeit der flexiblen Arbeitszeitfestsetzung aufmerksam und allein davon abhängig gemacht, daß dies dem Betriebsrat begründet wird; zum andern, indem sie bei der Forderung nach Freischichten von vornherein darauf verzichtet, generell einen Tag Betriebsruhe zu fordern, sondern diese Freischichten gruppenweise genommen werden sollen — also die Produktion läuft.

Nichts Neues im Grunde genommen — sondern nur die Weiterführung des Tarifvertrages.

Dennoch liegt Zündstoff in der Sache, dennoch muß gekämpft werden, und es lohnt sich, diese Punkte näher zu betrachten.

Wenn man sich die bisherigen Stellungnahmen aus dem Unternehmerlager ansieht, dann läßt sich nicht absehen, daß jetzt in breiter Front auf eine Spaltung der Belegschaften in solche, die 37 Stunden und solche, die 40 Stunden arbeiten, hingewirkt werden soll. Zum einen betrifft dies von technischen Voraussetzungen her (Automatisierung, zentrale Computererfassung etc.) ja sowieso nur die größten Betriebe. Zum anderen gibt es auch direkt Stimmen, die vor solch einer Spaltung der Belegschaften warnen — natürlich nicht wegen der Schwächung der Kampfkraft, sondern wegen dem „Betriebsklima". Dennoch: hier sollte man die Entwicklung sehr sorgfältig verfolgen und schließlich liegen ja die Pläne der Automobilindustrie für die Umsetzung des Tarifvertrages noch nicht auf dem Tisch.

Keineswegs zufriedengeben kann man sich allerdings mit der Argumentationslinie der IG Metall, die in guter sozialpartnerschaftlicher Manier den Kapitalisten vorrechnet, daß solch eine Flexibilisierung ja nur zu Mehrkosten führt. So als hätten die ganzen Spitzenvertreter der herrschenden Klasse, die von einem „Jahrhunderttarifvertrag" sprachen, ihren Grundkurs in Betriebswirtschaftslehre bei der IG Metall nicht absolviert — Nur — wie schon gesagt — ob dieses Jahrhundertwerk in voller Breitseite bei den jetzigen Verhandlungen schon zum Tragen kommt, das muß bezweifelt werden.

Wo die Unternehmer aber sicherlich keinen Millimeter nachgeben wollen, das sind die Verringerungen der Maschinenlaufzeiten. Deswegen kann man mit Recht bezweifeln, ob — gerade in der Automobilindustrie das Modell eines freien Nachmittages für den gesamten Betrieb eine Chance hat.

Die Hauptauseinandersetzung zwischen Kapital und Gewerkschaftsbewegung spielt sich derzeit an einer ganz anderen Front ab, nämlich bei der Genehmigung von Überstunden und Sonderschichten, und man kann wohl behaupten, daß diese Auseinandersetzung ganz direkt was mit der Umsetzung des Tarifvertrages im nächsten Jahr zu tun hat.

Warum? Da muß man verschiedene Gründe nennen:

- einmal geht es ganz allgemein um das politische Klima bei uns. Gelingt es dem Kapital, der Regierung, der veröffentlichten Meinung jetzt nach dem Arbeitskampf eine Stimmung zu schaffen, die den ausbleibenden Aufschwung den Gewerkschaften in die Schuhe schiebt und die die Belegschaften zu einer „Aufholjagd" gegenüber der ausländischen Konkurrenz treibt?
- was bleibt von der Glaubwürdigkeit eines Streiks um Arbeitszeitverkürzung, wenn anschließend volle Pulle 50 Stunden oder mehr in der Woche gearbeitet werden?
- und schließlich: inwieweit werden Betriebsräte dieser Stimmungsmache und diesem Druck der Unternehmer folgen, die gleichen Betriebsräte, die schließlich die Verhandlungspartner der Unternehmer bei der Ausgestaltung des Tarifvertrages sein werden?

Um diese Fragen gab es auch auf der Stuttgarter Vertretervesammlung eine recht heftige Auseinandersetzung, in der sich als Kontrahenten gegenüberstanden die Betriebsräte der beiden großen Daimler-Werke in Untertürkheim und Sindelfingen auf der einen Seite und die Ortsverwaltung, der Vorstand und alle jenen Kollegen, die aktiv und mit Überzeugung für die 35-Stunden-Woche gekämpft hatten — auf der anderen Seite.

In beiden Daimler-Werken hat der Betriebsrat auf langfristigen (bis Dezember 84) Überstundenregelungen zugestimmt. Diese Regelungen umfassen 10 Stunden-Schichten und samstags Arbeit „bei Bedarf".

Diese Vereinbarungen wurden kritisiert und dagegen folgende offizielle Linie der IG Metall gesetzt:

1. die totale Verweigerung von Überstunden wird nicht praktiziert

(Begründung: dann kommt es zu Verfahren bei der Einigungsstelle, die nach allgemeinen Erfahrungen zuungunsten der Gewerkschaft ausgehen).

2. allen Überzeitforderungen muß mit der Forderung nach Neueinstellungen begegnet werden;

3. tatsächlich unvermeidliche Überzeit soll nicht ausbezahlt sondern in Freizeitausgleich abgegolten werden;

4. erst wenn diese Forderungen erfüllt sind, sollen zusätzliche materielle Anreize hinzukommen.



7-Stunden-Tag — so hieß das ursprünglich mal ...

Wenn man diesen Katalog so liest, dann kann man schon ein bißchen Bauchschmerzen bekommen, doch gucken wir uns zuerst mal die Praxis an. In allen größeren Metallbetrieben — und gerade im Bereich der Automobilindustrie mit Zulieferern — gibt es Betriebsvereinbarungen über Überstunden. Der wichtigste Unterschied besteht darin, ob diese Überstunden verbindlich oder freiwillig sind. In diesem Sinne haben die Vereinbarungen der Daimler-Betriebsräte schon eine unrühmliche Vorreiterrolle inne. Doch sie verweisen — nicht ohne Berechtigung — auf Vereinbarungen bei Daimler in Bremen und VW in Wolfsburg hin.

In vielen Fällen ist mit der Zustimmung zu Überstunden auch die Zusicherung der Geschäftsleitung zu Neueinstellungen enthalten. Das ist auch die Hauptrumpfkarte der Daimler-Betriebsräte. „Seht her", so argumentieren sie, „wir erreichen ja 2000 Neueinstellungen". Zauberwort „Arbeitslose von der Straße" ... Aber Neueinstellungen für den Produktionsausfall, Neueinstellungen ohne Arbeitszeitverkürzung, das hat irgendwie nichts mit gewerkschaftlicher Kampfkraft und viel mit normaler kapitalistischer Beschäftigungspolitik zu tun. Die Erfolge, die sich diese Betriebsräte an ihre Fahne heften wollen, scheinen vielmehr den Planungen der Personalabteilung entsprungen zu sein. (Obwohl das in verschiedenen Einzelfällen auch etwas anders sein kann). Dennoch die Praxis, die am verbreitetsten ist, heißt: Überstunden und Neueinstellungen.

Schließlich ist auch die Argumentation, nicht von vornherein total gegen Überstunden zu sein, so falsch und inkonsequent. Denn es geht ja nicht in erster Linie über die Chancen vor der Einigungsstelle, sondern viel wichtiger ist doch das politische Zeichen, was ein Betriebsrat setzen sollte, in der Öffentlichkeit, vor der Belegschaft: wir sind gegen Überstunden, das ist unsere Haltung, und wenn wir unter Druck, sei es durch die Einigungsstelle, sei es durch die Unternehmer, sei es aus den Reihen der Kollegen selbst, anders entscheiden müssen — so ändert das nichts an unserer Haltung.

Also zusammengefaßt so: die Auseinandersetzung über die Überstunden ist sehr wichtig. Insgesamt zeigt sich nach dem Streik, daß es eine Basis gibt — sowohl unter den aktiven Gewerkschaftern wie unter den Kollegen — die sensibler als früher darauf reagieren. Gut ist auch, daß der Vorstand der IG Metall Front macht gegen die Fürsten in den Betriebsratsetagen. Doch der Kern der sozialpartnerschaftlichen Argumentation bleibt doch, die Munition ist nicht scharf genug.

Gerade deswegen ist die Forderung nach einheitlicher Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche und auch die Freischichtenlösung wichtig und unterstützenswert. Geht es doch einmal — wie schon anfangs gesagt — um eine einheitliche, für die Kollegen lohnenswerte Forderung. Doch es geht auch darum, sowie wie irgendmögliche Sonderabmachungen, die auf die besonderen Belange des Betriebes abgestellt sind, zu verhindern.

Damit ist nicht gemeint, daß jetzt keine Diskussionen beispielsweise in den 2- oder 3-Schicht-Betrieben über die beste Art der Arbeitszeitverkürzung stattfinden soll. Damit ist gemeint, daß es den Kapitalisten nicht gelingt, ihre Betriebsräte für besondere Eigenart des Produktionsablaufes zu besonders flexiblen Regelungen zu kaufen und das noch mit etwas Zuckerbrot zu versüßen. Bei Daimler denkbar ist da z.B. Vergünstigungen beim Erwerb von Jahreswagen und dagegen gesetzt eine produktionsbedingte Freistellungsregelung.

Also in allem: keine leichte Situation. Wichtig dabei ist, daß die klassenkämpferischen Gewerkschafter an einem Strang ziehen und sich nicht auf Nebenkampfschauplätzen verzetteln. Sicherlich ein wichtiger Punkt in dieser Diskussion wird sein, ob wir nicht durch Freischichten, durch die reale Weiterführung der 40-Stunden-Woche schlechtere Karten haben für die Weiterführung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche. Da ist was dran. Aber mir scheint die wichtigste Voraussetzung für eine Erhaltung und Verstärkung der Kampfkraft das Durchsetzen einer lohnenswerten Forderung, wie das — soweit wie möglich — Abblocken einzelner betriebsbezogener, sprich am kapitalistischen Unternehmen orientierter Lösungen zu sein.

Die gewerkschaftliche Horrorvision, daß eines Tages in allen wichtigen Fragen sich die Daimler-Geschäftsleitung an ihre Betriebsräte als kompetente Verhandlungspartner wendet, hat schon einen realen Hintergrund und entpricht durchaus den Vorstellungen der Reaktion. Dagegen müssen wir uns wenden und für den Erhalt der gemeinsamen gewerkschaftlichen Kampfkraft einsetzen.

Anmerkung:
Zu dieser Korrespondenz eines Stuttgarter Genossen wäre es gut, wenn Stellungnahmen an uns gesandt würden.

„Sie haben die 13 Toten vom Oktoberfest vergessen"

Prozeß gegen den Chef der „Wehrsportgruppe Hoffmann"

Fortsetzung von Seite 1

Diese Szene — so steht zu befürchten — ist charakteristisch für den Prozeß, der da jetzt in Nürnberg begonnen hat. Für seine Vorgeschichte sowieso.

Die Vorgeschichte begann eigentlich bereits vor 10 Jahren. Denn damals begann die „Wehrsportgruppe Hoffmann" in Bayern mit ihren Bürgerkriegsübungen und mit ihrem Terror. Es gibt einzelne Prozesse mit milden Urteilen. Der immer massiver werdenden Verbotsforderung aber stellen sich das bayrische Innenministerium und Strauß persönlich massiv entgegen. Sie finden nichts dabei, daß im Schloß Ermreuth bei Nürnberg harte Gefechtsausbildung an schweren Waffen geübt wird...

1980 wird die „Wehrsportgruppe" dann doch verboten — vom Bonner Innenminister Baum. Aber alle ihre Mitglieder bleiben auf freiem Fuß. Für Ermittlungen wegen einer „terroristischen Vereinigung" sieht die Justiz kein Anlaß.

Am 26.9.1980 sterben 13 Menschen bei einem Attentat auf dem Münchner Oktoberfest, wenige Tage vor der Bundestagswahl, in deren Ergebnis Franz Josef Strauß als „starker Mann" im Bonner Bundeskanzleramt einziehen wollte. Am Tatort stirbt auch der Attentäter Gundolf Köhler, Mitglied der „Wehrsportgruppe Hoffmann".

Hoffmann wird kurzfristig festgenommen, aber nach wenigen Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt — trotz des unglaublichen Waffenlagers, das die Polizei in seinem Schluß beschlagnahmte. Denn, obwohl völlig klar ist, daß ein einzelner Mann das Attentat auf dem Oktoberfest überhaupt nicht durchführen konnte, obwohl es genug Beweise dafür gibt, daß dieses blutige Massaker auf das Konto der Wehrsportgruppe geht, bleiben Justiz und Politiker eisern bei ihrer Lüge vom „Einzeltäter" Gundolf Köhler.

Drei Monate später, am 19. Dezember, werden der jüdische Verleger Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Fride Poeschke in Erlangen kaltblütig erschossen, „hingerichtet", wie selbst die Polizei damals sagte. Am Tatort findet man die Brille von Hoffmanns Freundin, Fußspuren und weitere Hinweise auf Hoffmann und seine Bande. Aber nichts geschieht. Monatelang ermitteln die Nürnberger Staatsanwaltschaft nicht **gegen** die Mörder, sondern **für** sie.

Erst als 9 Mitglieder der „Wehrsportgruppe" aus Libanon zurückkehren und einige von ihnen auspacken, werden Hoffmann und seine Freundin verhaftet. Ermittlungen wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung werden aufgenommen — und — endlich — auch wegen Mordes an Shlomo Levin und Frida Poeschka.

Aber Hoffmanns Schutzengel lassen ihn nicht im Stich. 1982 entscheidet der Bundesgerichtshof, das Karl-Heinz Hoffmann nicht wegen der Gründung einer „terroristischen Vereinigung" belangt werden könne. Und zwar deshalb, weil Hoffmann und seine Leute nach dem Verbot der „Wehrsportgruppe" nicht in der BRD, sondern im Ausland aktiv gewesen seien! Daß Hoffmann im Libanon seine Bandenmitglieder erwiesenermaßen für den Terror in der Bundesrepublik ausbildete, war für den Bundesgerichtshof unerheblich!

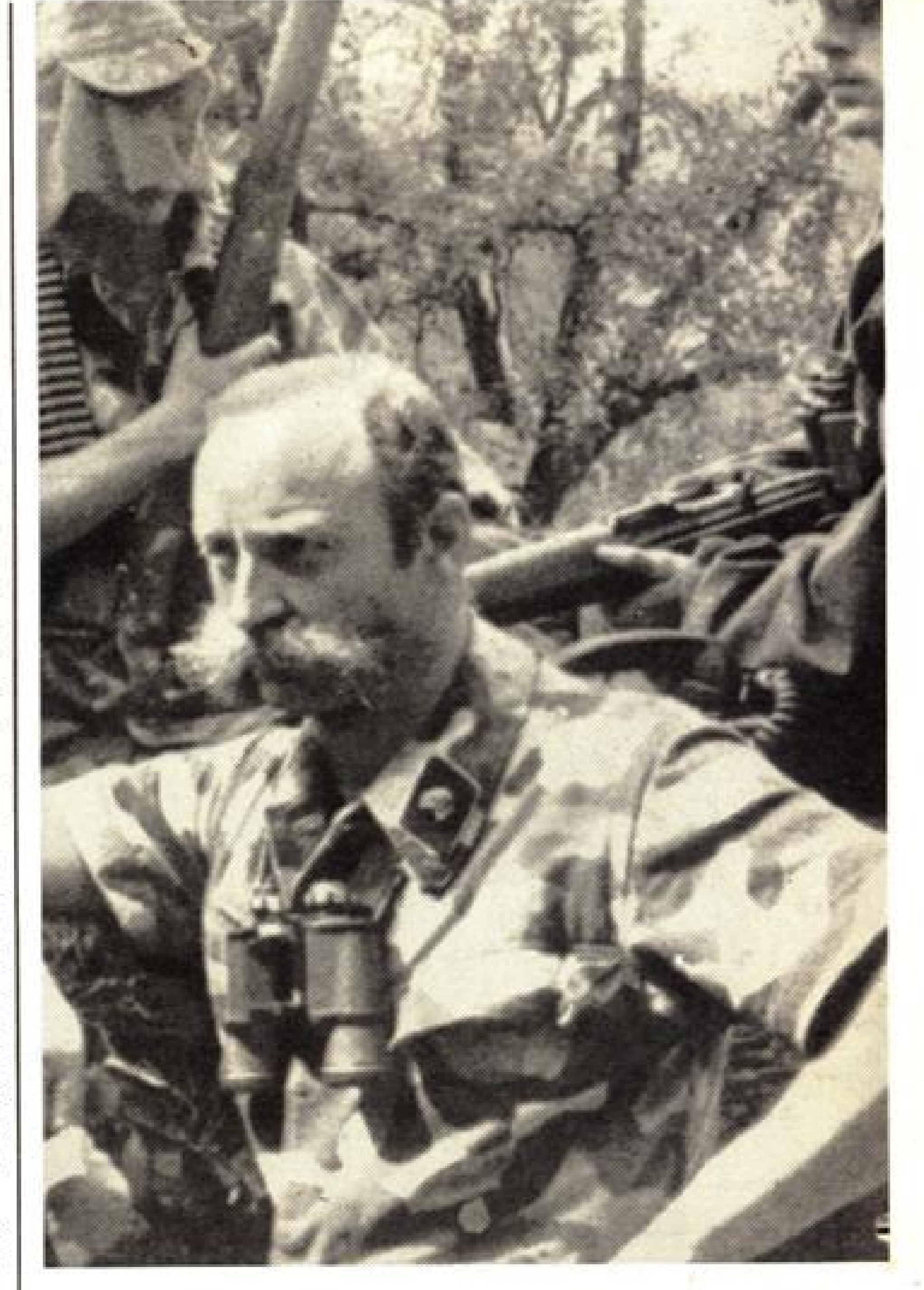
So bleibt für den Prozeß, der jetzt in Nürnberg begann, nur das in der Anklageschrift übrig, was sich in der langen Vorgeschichte dieses Prozesses auch bei größter Anstrengung nicht heraushalten ließ. (Natürlich erwähnt die Anklageschrift auch nicht, daß Shlomo Levin und seine Lebensgefährtin heute noch leben würden, wenn die Justiz Hoffmann nicht sofort wieder freigelassen hätte.)

Das, was eigentlich hätte stattfinden müssen, wird nicht stattfinden: ein politischer Prozeß gegen den Chef der „Wehrsportgruppe", ein Prozeß gegen den faschistischen Terrorismus und gegen seine Hintermänner, Geldgeber und Nutznießer.

Wenn es so weitergeht wie in den ersten Prozeßtagen, werden wir sogar das genaue Gegenteil erleben. Denn bisher war dieser Prozeß im wesentlichen ein Forum für Karl-Heinz Hoffmann und seinen Kampf gegen die angeblichen Verleumdungen der Wehrsportgruppe im besonderen und des Neonazismus im allgemeinen — unter Beihilfe von Gericht und Staatsanwaltschaft.

Aber war das anders zu erwarten von einer Justiz, deren oberster Chef, Franz Josef Strauß, bereits vor Jahren die Parole ausgabe, daß man sich der „nationalen Truppen" bedienen müsse?

Wohl kaum. Wirkungsvolle Maßnahmen und eine politische Verurteilung des Neonazismus, des faschistischen Terrorismus, sind in diesem Land nur im antifaschistischen Kampf möglich. Sie sind nur durchsetzbar, wenn dieser antifaschistische Kampf sich nicht auf die „Truppen" beschränkt, sondern auch gegen die Hintermänner,Geldgeber und Nutznießer richtet.



Die „Wehrsportgruppe Hoffmann" mit ihrem Chef

Meldungen

Erst Sonderurlaub, dann Berufsverbot

In Hannover findet gegenwärtig der erste einer ganzen Reihe von Berufsverbotsprozessen in Niedersachsen statt. (Der RM berichtete.) Im Verfahren des Hildesheimer Gesamtschullehrers Udo Paulus warf die Verteidigung der Landesregierung jetzt vor, die 20 Lehrer, denen nun wegen der Kandidatur auf DKP-Listen ein Berufsverbot droht, arglistig getäuscht zu haben.

Anfang 1976 gab es nämlich eine Landtagsdrucksache der damals SPD-geführten Landesregierung, in der es hieß, daß eine Kandidatur für die DKP kein hinreichender Grund für ein Disziplinarverfahren sei. 1981, als sich die Lehrer zur Kandidatur entschlossen, wurden ebenfalls keinerlei Einwände erhoben, wurden im Gegenteil die Kandida*uren durch die Gewährung von Sonderurlaub sogar unterstützt.

Später 'hatte die Landesregierung dann aber, gestützt' auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gegen den Postbeamten Hans Meister, das erst vier Wochen nach der Kommunalwahl erging, gegen alle Lehrer, die für die DKP kandidiert hatten, ein Verfahren eingeleitet.

Die Landesregierung wies den Vorwurf der Täuschung schriftlich zurück. Die Blamage einer Zeugenvernehmung ersparte ihr das Gericht. Anträge der Verteidigung, die zus'ändigen Minister im Verfahren zu vernehmen, wurden vom Gericht abgelehnt.

Erstmals Anklage gegen Richter des Volksgerichtshofs erhoben

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat jetzt Anklage erhoben gegen den früheren Richter des Volksgerichtshofs Paul Reimers. Reimers wird angeklagt, sich durch 97 Todesurteile zwischen 1943 und 1945 des Mordes schuldig gemacht zu haben.

Das ist die erste Anklage gegen einen Richter des Volksgerichtshofes überhaupt! Ob es allerdings auch zum ersten Mal zu einem Prozeß kommen wird, steht noch längst nicht fest. Denn Reimers, bis Anfang der 60er Jahre Landgerichtsrat in Baden-Württernberg, hat sich bereits seine Verhandlungsunfähigkeit attestieren lassen. „Sorgfältige Prüfung" durch die Justiz ist zugesagt...

577 Richter waren damals an Freislers „Volksgerichtshof". Unzählige Antifaschisten wurden auf ihren Beschluß und Befehl hin ermordet. Trotzdem wurde keinem von ihnen nach der Zeit des Faschismus auch nur ein Haar gekrümmt. Im Gegenteil. Die meisten machten wie Reimers in der Justiz Karriere. Sie schufen sich selbst das Recht, das sie schützte: das sogenannte Richterprivileg. So kommen auch jetzt die Anklagen, die in Berlin vorbereitet werden, nur zustande, weil die Berliner Staatsanwälte damit argumentieren, daß der Volksgerichtshof ein „Scheingericht" gewesen sei, das sich nur des Mantels der Justiz bediente, um die Tötung politischer Gegner anzuordnen".

Wer als „ordentlicher" NS-Richter anderswo als am Volksgerichtshof mordete, hat also auch weiterhin nichts zu befürchten...

Die „Freiheitliche Arbeiterpartei" muß sofort aufgelöst werden!

Sie nennt sich „Freiheitliche Arbeiterpartei". Tatsächlich hat sie mit einer freiheitlichen Arbeiterpartei ziemlich genauso viel gemein wie Hitlers „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei". Denn seit einigen Monaten ist diese bereits seit 1979 bestehende Organisation ganz offenkundig zur Nachfolgeorganisation der verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" geworden. Erklärtes Ziel der inzwischen verbotenen ANS ist es aber, Hitlers NSDAP wieder lebendig zu machen.

Als die „FAP" sich vor einiger Zeit in Hannover gründen wollte, wurde das von Hannoveraner Antifaschisten verhindert. Aber es sind keineswegs nur die Antifaschisten, die keinen Zweifel daran haben, daß sich in der FAP Michael Kühnens Anhänger aus der ANS neu organisieren. Das wissen auch Verfassungsschützer und Innenministerien. So konnte man beispielsweise am 11.9. in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" lesen:

„Dabei ist — so wurde aus unterrichteter Stelle des Düsseldorfer Innenministeriums mitgeteilt — bereits heute klar, daß es sich um eine Nachfolge-Organisation der verbotenen Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS) handelt. Dies stünde im nächsten Halbjahresbericht des Landesamtes für Verfassungsschutz, der (gedruckt) noch nicht vorliegt."

Was aus einer solchen Feststellung folgen würde, ginge es gegen links, kann man sich ohne viel Phantasie vorstellen: **Durchsuchungen, Verhaftungen, Prozesse, Gefängnisstrafen. Aber es geht eben nicht gegen links. Und darum geschieht gar nichts. Oder besser: Es geschieht nichts gegen die „FAP".** Denn geschehen tut schon etwas.

In Baden-Württemberg und z.B. in Dortmund kandidiert diese faschistische Partei bei den Kommunalwahlen! Proteste der KPD und anderer antifaschistischer Kräfte dagegen wurden mit dem „Argument" vom Tisch gewischt, daß man nichts machen könne, da diese Partei nicht verboten sei und die formalen Kriterien für die Wahlbeteiligung erfüllt habe. Das alte Spiel also, von den Auseinandersetzungen um Treffen der Waffen-SS hinreichend bekannt: man will die Nazis nicht verbieten, und weil sie nicht verboten sind, kann man dann eben nichts tun...

Und deshalb gehört in Dortmund zum Wahlkampf für den Stadtrat dieses Mal auch so etwas:

- Ein Aufkleber an Türen einer Dortmunder Grundschule z.B., auf dem ein dicker Daumen auf Köpfe drückt, die als „unrasierte Ausländer" zu identifizieren sind. Darunter in großen Buchstaben: „Wählt FAP"!
- Im März hieß es in einem Flugblatt der FAP: „Wir haben es satt, Westdeutschland zum Tummelplatz für türkische Rauschgiftbanden und italienische Mafiosi verkommen zu lassen. Uns gefälltes ganz und gar nicht, daß nach jedem Buschkrieg in Afrika ein weiterer Negerstamm sich in der Bundesrepublik niederläßt mit der Behauptung, sie seien ‚politisch Verfolgte'. Wir fordern: Getrennte Schulklassen für Deutsche und Ausländer! Schluß mit dem Scheinasylantentum! Rückkehr **aller** Ausländer in ihre Heimatländer!"
- Demonstrationen bzw. Märsche von Anhängern der FAP um den Borsigplatz im Dortmunder Norden, bei denen man dann nicht nur Siegfried Borchert („SS-Siggi" genannt), sondern auch zahlreiche andere Schläger der berüchtigten (und angeblich von den Behörden energisch bekämpften) Dortmunder „Borussenfront" für die „FAP" marschieren sieht.

Muß man noch extra erwähnen, wie wertvoll die Unterstützung ist, die der Staat auf diese Weise der FAP — und damit für die bundesweite Reorganisierung der faschistischen Terrorbanden — gewährt?

Muß man noch extra erwähnen, daß es nur eine Frage der Zeit ist, wann ausländische Mitbürger diese staatliche Hilfe für den faschistischen Terror — wieder einmal — mit ihrem Leben bezahlen müssen?

Die Wahlbeteiligungen und die bundesweite Sammlungsbewegung der Nazi-Terroristen in der FAP dürfen nicht hingenommen werden. Die FAP muß als Tarnorganisation der verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" sofort verboten und aufgelöst werden!

Ulm: Die Phantasie der Staatsanwälte kennt keine Grenzen...

... wenn es darum geht, die Maschen des Gesetzes so hinzubiegen, daß auch größere Tiere aus der Neonazi-Szene unbeschadet durchfallen können. Das ist bekannt. Aber was sich die Ulmer Staatsanwaltschaft in dieser Beziehung geleistet hat, verschlägt einem doch die Sprache.

Da war Michael Kühnen, der Führer der verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (inzwischen nicht ganz ohne Hilfe des Verfassungsschutzes von Paris aus tätig) im März auf einer Wahlveranstaltung der „Freiheitlichen Arbeiterpartei". Wahlhilfe für das alte ANS-Mitglied und den jetzigen FAP-Kandidaten Markus Mössle war angesagt.

Schlimm genug schon, daß Polizei und Staatsanwaltschaft diesem Auftritt Kühnens einfach zusahen. Aber es ging ja noch weiter.

Im Anschluß an die Wahlversammlung marschierten die Faschisten im Stechschritt auf den Marktplatz und hielten dort eine Kundgebung ab. Angesichts der großen Empörung, die über den Auftritt der Neonazis herrschte, sahen sich Polizei und Staatsanwaltschaft zunächst gezwungen, Ermittlungen aufzunehmen. Sie wurden aber schnell wieder eingestellt, weil Oberstaatsanwalt Rolf Villwock nicht die Überzeugung gewinnen konnte, daß die Beweise zu einer Anklage gegen Kühnen oder Mössle ausgereicht hätten. Weil z.B.:

„Der Hitler-Gruß sei nicht nachweisbar gewesen. Zwar hätten die FAP-Leute mit gestrecktem Arm gegrüßt, aber entweder sei die Hand zur Faust geballt gewesen oder es seien lediglich drei Finger angespreizt gewesen. Als Hitler-Gruß gelte jedoch nur, und das habe der Bundesgerichtshof so festgelegt, gestreckter Arm und gestreckte Hand.

Der Tatbestand der Volksverhetzung sei nicht erfüllt. Der setze nämlich Angriffe auf klar abgegrenzte Bevölkerungsgruppen voraus. Die Parole „Ausländer raus!" sei zwar eine Diskriminierung, aber keine juristisch relevante Volksverhetzung, habe ein hohes Gericht entschieden. Auch der Ausspruch ‚Rotfront verrecke' habe sich wohl nur gegen die Gegendemonstranten der SPD und des DGB gerichtet, nicht gegen eine Bevölkerungsschicht." (Neue Ulmer Zeitung vom 12.9.84)

Daß die Faschisten uniformiert waren, sagten zwar Zeugen, aber nicht die Polizeiphotos; daß Zeichen wie die Odals-Rune, das Emblem der ANS getragen wurde, sahen zwar Zeugen, aber auf den Polizeiphotos konnte Villwock keine sehen. Usw. usf.

Wie gesagt: es verschlägt einem die Sprache und man wundert sich, wie es eigentlich passieren kann, daß doch hin und wieder ein Prozeß gegen Nazis zustande kommt. An Oberstaatsanwalt Villwock jedenfalls dürfte das nicht liegen.

Augsburg: „Zuerst muß festgestellt werden, ob überhaupt eine Organisation da ist"

Bereits seit Februar dieses Jahres haben sich in Augsburg Mitglieder der verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" in den „Nationalen Basisgruppen" neu organisiert. Organisatorisches Ziel ist es, unzufriedene NPD-Anhänger zu gewinnen. Gruppen gibt es mittlerweile außer in Augsburg in Memmingen, München, Hannover und Biberach.

Die „Standarte", das Organ der „Nationalen Basisgruppen" trieft von Naziparolen und rassistischer Hetze. „Deutsche Soldaten säubern ein Dorf in Rußland von bolschewistischen Partisanen. Eine Wohltat für die dortige Bevölkerung", heißt es z.B. unter einem Weltkriegsbild. Oder: „Nie brauchte unser Land den aktiven Deutschen so sehr wie jetzt. Besiegt, besetzt, geteilt, vond er Welt mit Greuelhetze überzogen und von Fremden überflutet, steht es vor dem geistigen und rassischen Ende". Der Kampfruf heißt „Reduzierung der hier lebenden Ausländer und Juden auf ein erträgliches Maß".

Gegen vier Mitglieder der „Nationalen Basisgruppen", die die „Standarte" im Münchner Olympiastadion verteilt haben, läuft jetzt ein Verfahren. Von einem Verbot der „Basisgruppen" aber will man im bayrischen Innenministerium nichts wissen. Begründung: „Zuerst muß festgestellt werden, ob überhaupt eine Organisation da ist". Wieso? Weil die „Nationalen Basisgruppen" sich bisher weder als eingetragener Verein noch als Partei offiziell konstituiert haben...

Bereits drei Tote

NATO-Herbstmanöver haben begonnen

Die Herbstmanöver der NATO — nach letzten Meldungen nehmen an die 300000 Soldaten daran teil — haben begonnen. Gleich in den ersten Tagen mußten drei Menschen diese Kriegsvorbereitungen der NATO mit ihrem Leben bezahlen.

Zwei Menschen starben nach schweren Unfällen mit Militärtransportern auf der Autobahn in der Nähe von Herford. Ein Toter, drei Verletzte und zwei brennende Wohnhäuser sind die Bilanz eines Unfalls in der Nähe von Würzburg, den ein Tankzug der US-Streitkräfte verursachte.

Es ist heute schon klar, daß es weitere Tote geben wird — auf den Straßen, aber auch bei den Manövern selber. Hauptursache dieser Todesfälle, die sich jedes Jahr wieder ereignen, ist die maßlose Überforderung der Soldaten, die oft genug völlig übermüdet die schweren Militärtransporte durchführen müssen.

Es gilt eben auch schon im Manöver: was zählt, ist der Sieg, was dabei mit den einfachen Soldaten und der Zivilbevölkerung passiert, ist uninteressant.



130000 britische Soldaten nehmen an den diesjährigen Herbstmanövern der NATO teil. Die Aufgabe dieser Soldaten heißt: eine Brücke über die Leine sprengen.

Kurz vor dem Abmarsch ...

... sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Marsches gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik. Am 22.9. ist in Berlin bereits die Auftaktveranstaltung. Am 29.9. geht es dann von München aus, am 1.10. von Berlin bzw. Hamburg aus los. (Übrigens: Man kann sich immer noch entschließen, an dem Marsch aktiv teilzunehmen.)

In **München** wird zur Werbung für den Marsch ein Flugblatt verteilt (siehe unten). Am Samstag, den 29. findet in der Fußgängerzone bereits um 9.30 Uhr eine Kundgebung statt — mit Kabarett, Liedermachern, Musik und einer Ausstellung. Anschließend ist eine Demonstration zum Geschwister-Scholl-Platz geplant. Dort werden nach einer Abschlußkundgebung die Marschierer verabschiedet und auf den Weg nach Nürnberg, der zweiten Station der Südroute gebracht.

In **Hamburg** geht es am 1.10. sehr früh los, bereits um 8.00 Uhr vor der Ausländerbehörde/Biberhaus nämlich. Es wird dort über die Praktiken der Ausländerbehörde informiert, eine alternative Beratung für Ausländer ist geplant. Um 12.00 Uhr, wenn auch die Marschgruppe in Hamburg eingetroffen ist, wird eine Kundgebung vor der Ausländerbehörde stattfinden. Per Autokonvoi wird der „Marsch" anschließend durch die Hamburger Innenstadt gehen. Um 17.00 Uhr beginnt eine Demonstration durch Altona zum Spritzenplatz. Abend, ab 19.30 Uhr gibt es dann in der Fabrik Musik, Kultur und Informationen.

Z. B. MAN in München

MAN konzentriert seit 1983 seine Produktion von Sattelschleppern und LKWs in Ankara. Statt 2600 Fahrzeugen, gibt es jetzt eine Kapazität für die Produktion von 6000 Fahrzeugen jährlich. Das Omnibuswerk in Istanbul soll statt bisher 600 in Zukunft 1400 Omnibisse bauen. Seit 1984 laufen in Ankara 7000 Dieselmotoren vom Band. — Der Hintergrund: Der Bruttostundenlohn in der BRD: 12 Mark, in der Türkei 2 Mark. Klar doch, daß die Arbeitsplätze bei uns verloren gehen. Die türkischen Diktatoren garantieren zudem, daß es zu keinem Streik kommt, Streik zieht Folter und Mord nach sich. Auch die Steuern liegen für MAN dort niedriger. Die Gewinne sind so garantiert. Für diese Produktion möchte MAN auf sein Gastarbeiter-Reservoir von 2600 Beschäftigten in der Bundesrepublik zurückgreifen.

Damit die türkischen Kollegen unter diesen Bedingungen in die Türkei zurückkehren, sind die Verschärfungen der Ausländergesetze nicht gerade unnützlich. Arbeitsplatzverlust — wegen der Ausländer? Oder wegen den Gewinnen von MAN?

(Aus einem Flugblatt der Münchner Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, das für den Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik wirbt.)

Duisburg

Schabronat gegen Manövergegner

Am letzten Dienstag fand in Dusiburg eine Veranstaltung zu den Herbstmanövern der NATO statt. Im Laufe dieser Veranstaltung stellte sich heraus, daß einer der Teilnehmer „beruflich" da war — als Polizeispitzel. Der Herr vermißte anschließend seine Brieftasche mit mehreren falschen Ausweisen und ein Tonbandgerät.

Die Polizei in Duisburg geriet in helle Aufregung. In zwei Duisburger Wohnungen wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt, außerdem wurde auch ein In- und Ausländerwohnheim durchsucht.

Zwei Teilnehmer der Veranstaltung wurden verhaftet, einer in seiner Wohnung. Ein anderer wurde auf seiner Arbeitsstelle bei Thyssen verhaftet, mußte sich mit gespreizten Beinen an die Wand stellen und wurde in Handschellen abgeführt. Der Polizist, der hier am Werk war, war kein anderer als der brüchtigte Schabronat, früher beim BKA tätig und maßgeblich beteiligt bei dem Polizeieinsatz, an dessen Folgen unser Genosse Günther Routhier vor zehn Jahren in Duisburg starb.

Die Manövergegner wurden 30 Stunden bei der Polizei festgehalten. Sie wurden erst freigelassen, als die Rechtsanwälte der Verhafteten, denen das „Handwerkszeug" des Spitzels zugespielt worden war, der Polizei die falschen Ausweise und das Tonbandgerät zurückgeben konnten.

Bleibt noch anzumerken, daß die Hausdurchsuchungen illegal, weil ohne Hausdurchsuchungsbefehl, durchgeführt wurden.

AirLand-Battle — die Strategie für den nächsten Krieg?

„Die Offensive ist die entscheidende Form der Kriegsführung"

Noch ziert man sich in Bonn, der amerikanischen Planungsstudie für den nächsten Krieg, „Airland-Battle 2000", zuzustimmen — obwohl eine Version dieser Studie auch die Unterschrift eines deutschen Heeresinspekteurs trägt. Aber in den Manövern der NATO werden Elemente dieser Strategie bereits erprobt. Auch in diesem Herbst. Außerdem: Ein wesentlicher Bestandteil dieser Strategie ist bereits mit Bonner Zustimmung verwirklicht worden — die Stationierung der amerikanischen atomaren Erstschlagwaffen Cruise Missiles und Pershing II.

Für die US-Armee ist das AirLand-Battle-Konzept bereits verbindlich geworden — durch das neue Armeehandbuch F 100-5. Und in Manövern wird es deshalb auch schon geprobt.

AirLand-Battle bedeutet vor allem: Es wird offiziell Abschied genommen von der Strategie der sogenannten Abschreckung, von der Vorneweg-verteidigung, der militärischen „Reaktion" auf einen tatsächlichen oder vermeintlichen Überfall. Jetzt soll gesiegt werden — offensiv und vernichtend.

Im US-Armeehandbuch heißt es: „Die Diskussion in den letzten Jahren haben sich vor allem darum gedreht, die erste Schlacht zu gewinnen, da die Tödlichkeit der modernen Waffen so intensiv ist, daß die erste Schlacht leicht die letzte sein könnte. Die Offensive ist die entscheidende Form der Kriegsführung."

Und: Es dürfe nicht vor allem an der Grenze gekämpft werden, sondern „im Westen müsse das Schlachtfeld weit nach Osten verlagern, so daß das Territorium der Staaten des Warschauer Vertrages bis etwa zu den Westgrenzen der UdSSR sofort zum unmittelbaren Schlachtfeld würde."

Und: Der Krieg soll **sofort** mit dem kombinierten Einsatz von konventionellen, chemischen und atomaren Waffen beginnen.

Kurz: „Das im Field Manual 100-5 niedergelegte Konzept macht nunmehr einen konventionell-atomar-chemischen Krieg in Mitteleuropa möglich, ohne damit automatisch einen strategischen Atomkrieg herbeizuführen. Nach der neuen Konzeption kann in Europa ein Krieg geführt werden, der den USA ohne Rücksicht auf die Lebensinteressen der hiesigen Bevölkerung einen Sieg ermöglichen soll." (Alfred Mechtersheimer)

So ist es. Gerade das AirLand-Battle-Konzept zeigt in aller Deutlichkeit, daß die USA (und darin unterscheiden sie sich nicht von anderen Imperialisten wie z. B. den westdeutschen) einen dritten Weltkrieg für machbar und gewinnbar halten. Deshalb werden Washington und die NATO ihn auch weiter vorbereiten — wenn wir sie nicht daran hindern!

Die Marschroute auf einen Blick

Nordgruppe: Berlin: 1.10.; Hamburg: 1.10.; Bremen: 2.10.; Hannover: 3.10.; Bielefeld, Gütersloh, Herne: 4.10.; Münster: 5.10.; Dortmund: 6./7.10.; Witten: 8.10.; Bochum, Gelsenkirchen, Essen: 8./9.10.; Oberhausen, Mülheim, Duisburg: 10.10.; Krefeld/Düsseldorf: 11.10.; Siegburg, Bonn, Erftkreis: 12.10.; Köln: 13.10.

Südgruppe: München: 29.9.; Nürnberg: 30.9.; Heilbronn: 1.10.; Schwäbisch-Gmünd: 2.10.; Ulm: 3.10.; Pforzheim: 4.10.; Stuttgart: 5.10.; Mannheim/Heidelberg, Darmstadt: 6./7.10.; Wiesbaden: 8.10.; Frankfurt: 9.10.; Gießen, Marburg, Wetzlar: 10.10.; Kassel: 11.10.; Bonn/Erftkreis: 12.10., Köln: 13.10.

Nicht vergessen!

Fest vormerken — soweit noch nicht geschehen — sollen sich alle, die den Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit voranbringen wollen, den 13. Oktober. Das ist nämlich der Abschlußtag des Marsches in Köln. Alle Leser des Roten Morgen sind aufgerufen, sich an den Aktivitäten an diesem Tag zu beteiligen.

Was findet statt?

9.30 Uhr Demonstration durch Köln-Ehrenfeld.

12.00 Uhr Kundgebung auf dem Roncalli-Platz am Dom.

14.30 Uhr bis 18.00 Uhr Veranstaltung.

18.00 Uhr Kulturprogramm in der Kölner Sporthalle.

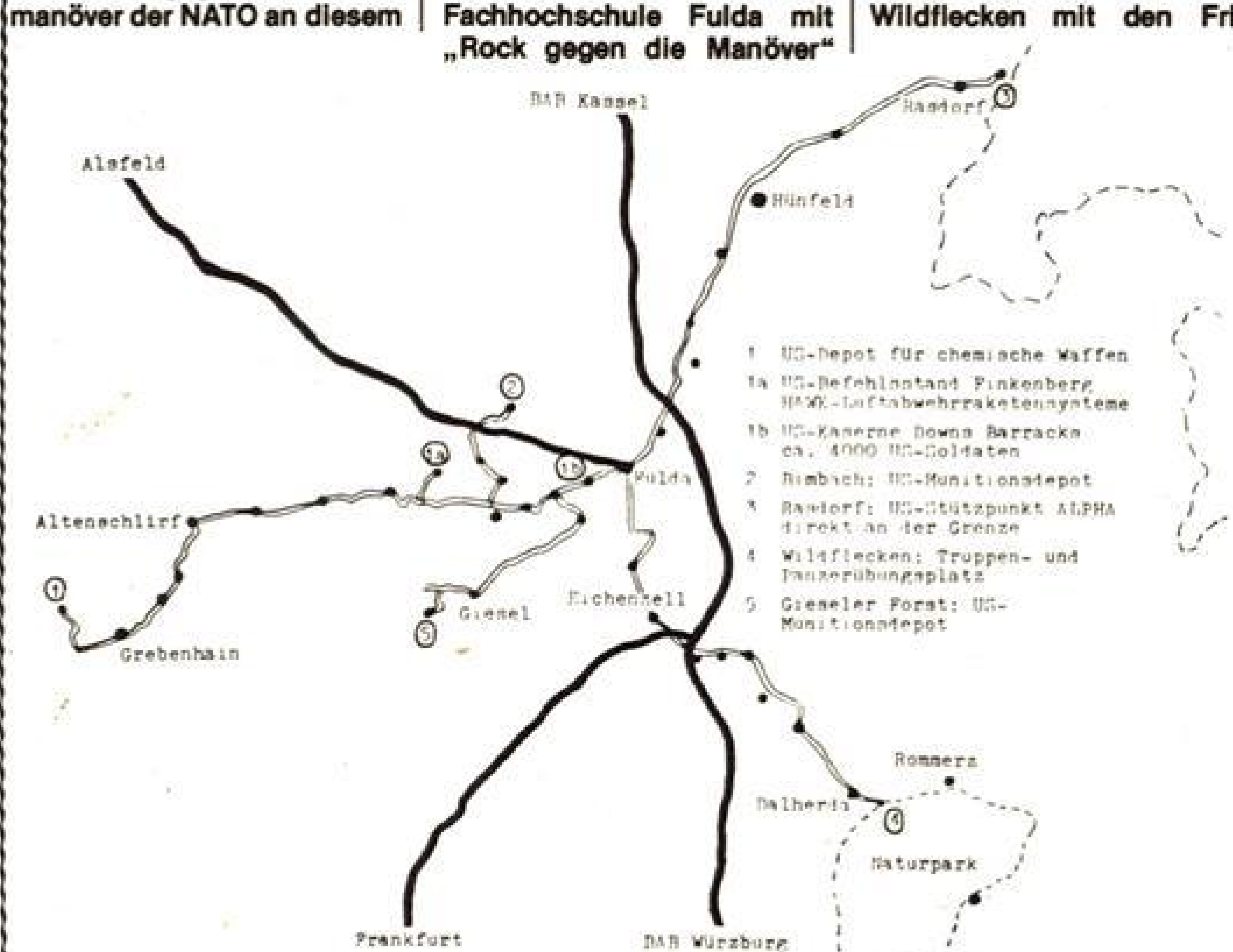
Auf nach Fulda

Auch in Fulda beginnen die Aktivitäten gegen die Herbstmanöver der NATO an diesem Wochenende. Am 22.9., 14.00 Uhr im Innenhof der Fachhochschule Fulda mit „Rock gegen die Manöver" und in Hanau, Brebenhain, Alsfeld, Fulda und Gersfeld-Wildflecken mit den Friedenscamps.

Richtig losgehen soll es im Raum Fulda dann am 29.9. mit der Aktion „Menschennetz gegen Kriegsmanöver". Um 10.30 Uhr beginnt es mit Auftaktkundgebungen in 26 Orten rund um das Fulda Gap. Wer von wo zu welchem Ort anreist, ist von den Organisatoren festgelegt worden, um ein Verkehrschaos zu vermeiden. Von der Friedensbewegung wird die Anfahrt mit Bussen und Zügen organisiert. Erkundigt euch danach, wie das in eurer Stadt aussieht.

Wie es nach den Auftaktkundgebungen weitergeht, ist noch nicht ganz klar. Falls es nicht gelingen sollte, ausgehend von den Auftaktkundgebungen das — sehr groß — geplante Menschennetz zu schließen, werden alternative Aktionen stattfinden.

Um 15.00 Uhr beginnt dann die Abschlußkundgebung in Fulda auf dem Domplatz. Die Partei wird dort mit einem Stand vertreten sein.



Sozialismus-Camp der KJD — Nachlese!

(Korrespondenz)

Auf Einladung nahm ich einige Tage am Lagerleben teil. Viele Unterhaltungen mit jungen Menschen füllten die Tage aus. Ich muß es ehrlich sagen, auch ich habe manches gelernt und bereue es nicht, daran teilgenommen zu haben und würde mich freuen, wenn ich mal wieder eine Einladung erhalten würde.

Den stärksten Eindruck hinterließ wohl unser Besuch im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen. Ich spürte das für einige Jugendliche, daß uns von der vortragenden Begleitperson geschilderte, nicht immer verstanden wurde. Es ist für einen, der es nicht selbst miterlebt hat, schwer nachvollziehbar das Lagerleben, der Terror, die Verbrechen der SS, zum Beispiel: daß der Lagerkommandant-SS Standartenführer Ziereis, seinem 14jährigen Sohn zum Geburtstag 14 Häftlinge schenkte — zum Erschießen! Damit er lernen sollte, auf Menschen zu schießen!

Man muß sich das einmal vorstellen, es ist kaum vorstellbar, noch weniger für junge Menschen. Trotzdem merkte ich eine tiefe Betroffenheit und den Wunsch, mehr zu erfahren von „damals". Auch die „Todesstiege", die die Häftlinge halb verhungert und gepeinigt von verrohten SS-Leuten und ihren Helfern, mit Felsbrocken bepackt, hoch gejagt wurden. Das war Vernichtung durch Arbeit! Ich meine, daß auch alle tief beeindruckt waren über die Gestaltung der heutigen KZ-Gedenkstätte. Nicht wird — was das Leid der Häftlinge, den Widerstand aller Antifaschisten sowie die Verbrechen der deutschen Faschisten betraf — weggelassen, verschleiert oder mit neuen Begriffen belegt.

Die vielen Besucher, die wir sahen, erhalten hier ungeschminkt einen Einblick in die von der Gegenwart nicht zu trennende jüngste Vergangenheit.

Aber auch hier ist die bundesdeutsche „Vergangenheitsbewältigung" präsent. Inmitten der nationalen Mahnmale, in einer Reihe würdig gestalteter Mahnmale, befindet sich ein mit braunem Rost (das Braun verfolgt sie immer noch) überzogener Stahlkoloß mit einer kaum lesbaren „germanischen Runenschrift": Den Opfern der Gewaltherrschaft". Dieses geschmacklose (Mahn)mal, das erst im vergangenen Jahr als Beitrag der Bundesrepublik dort hingewuchtet wurde, ist nicht nur geschmacklos, es ist eine Verhöhnung der Opfer der faschistischen Herrschaft. Es ist zugleich ein nicht zu übersehender Beweis für die Notwendigkeit in bundesdeutschen Landen dafür einzutreten, daß die Erfahrungen des antifaschistischen Widerstandes besonders an die junge Generation verstärkt vermittelt werden muß. Wer sich mit der jüngsten Geschichte nicht auseinandersetzt, soll sich nicht wundern, wenn er noch weitaus Schrecklicheres einmal erleben wird.

Auf dem Wege zur Todesstiege liegt links das Ehrenmal der VR Albanien. Ein würdiges Denkmal. Und da wir auch einen selbstgemachten Kranz mit Schleife bei uns hatten, besonders auf die Schleife mit Inschrift waren wir stolz, stand vor uns die Frage, wo legen wir den Kranz nieder? Ich machte den Vorschlag, der auch angenommen wurde, unseren Kranz vor dem albanischen Denkmal niederzulegen.

Ich meinte, daß wir damit auch unsere Verbundenheit mit unseren albanischen Genossen zum Ausdruck brachten.

Das Erlebte und Gesehene machte uns wortkarg, wir verweilten kurz in Gedanken an die vielen internationalen Opfer, die der Faschismus gefordert hat, und gelobten, unsere ganze Kraft dafür einzusetzen im Kampf gegen Faschismus und Krieg.

Am Abend fand im großen Zelt dann noch eine rege Unterhaltung statt, an der auch andere Jugendliche aus dem Camp teilnahmen. Manche Freundschaft wurde geschlossen und Verbindung geknüpft. Ich bekam eine Einladung nach Linz von der SJÖ, der ich gerne folgen werde.

Harry Dubinsky

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

HANAU

NATO — Todsicher

Veranstaltung der KPD
Freitag, 28. September, 19.30 Uhr
Bürgerhaus Hanau-Wolfgang
Schanzenstr. 8
Raum 1

DORTMUND

Wahlveranstaltung der KPD Dortmund
Freitag, 28. September, 19.30 Uhr
Gaststätte Zeppelin, Mallinckrodtstraße am Nordmarkt
„Warum KPD wählen?" — Es spricht Horst Dieter Koch, Vorsitzender der KPD.
Redebeiträge, Musik, Kabarett, Überraschungen

ÖTV-TARIFRUNDE

Die RGO führt gemeinsam mit der GIM am 30.9.1984 eine auch für andere interessierte Gewerkschafter offene Konferenz zur bevorstehenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst durch.

Themen u. a.: 1. Lage in der ÖTV nach der letzten Tarifrunde und dem Gewerkschaftstag;
2. Diesjährige Tarifrunde, Klassenkräfte in dieser Auseinandersetzung;
3. Welche Möglichkeiten haben die linken, klassenkämpferischen Kräfte beim konkreten Eingreifen in die Tarifrunde?

Die Konferenz findet statt am Sonntag, 30. September von 11.00 Uhr bis ca. 17.00 Uhr in Dortmund, Haus Göbbeln, Schützenstraße/Ecke Feldherrnstraße.

ANTIFASCHISTISCHE WOCHEN LUDWIGSHAFEN

Samstag, 22. September, 10.00 Uhr:
Fahrradtour zu den Stätten des antifaschistischen Widerstandskampfes in Ludwigshafen";
Treffpunkt: Luther-Kirche, Maxstraße
13.00 Uhr: Demonstration gegen Neonazismus ab Sternstraße/Ecke Hohenzollernstraße
Dienstag, 25. September
„Frauen und Faschismus"
19.30 Uhr, Pfalzbaustuben im Pfalzbau
Dienstag, 2. Oktober
„Roter Mohn auf der Mauer" (albanischer Film)
19.30 Uhr, Altenwohnheim Benkiserstraße 66, Eintritt 2 Mark
Donnerstag, 4. September
„Ausländerfeindlichkeit in der BRD"
19.30 Uhr, Altentagesstätte Nord-Hemshofstraße
Samstag, 6. Oktober
„Rock gegen Rechts"
19.30 Uhr — Ort wird gesondert bekanntgegeben, Eintritt 3 Mark.
Gemeinsam veranstaltet von: Antifaschistische Gruppe Ludwigshafen, Bürgeraktion Umweltschutz Rhein-Neckar (BURN), Die Grünen, Demokratische Sozialisten (DS), DFI, DKP, Frauencafé Ludwigshafen, KPD, VVN.

KJD

Mädchenseminar der KJD: „Wer glaubt, daß Mädchen dümmer sind ... der spinnt, der spinnt"
Wochenende 22. und 23. September
im Raum Westfalen
Anmeldung und Auskunft im zentralen Büro

KS-Seminar

Ein Seminar der Kommunistischen Studenten zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes.
Am Wochenende des 22./23. September ab Samstag 10 Uhr.
In Bielefeld, Westfalen-Kolleg.

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe

Strauß-Besuch (5)

Beim Lesen der letzten Roten Morgen vermißte ich eine Kommentierung der Straußschen Reise nach Albanien.

Vielleicht kann der Rote Morgen auch meinem Rätseln und Spekulieren neue Richtung geben? Oder bereitet die Einschätzung dieser Reise auch dem RM einige Schmerzen?
H.W., Offenbach

Lob

Liebe Genossen ...
Im übrigen finde ich eure 35-Stunden-Analyse sehr gut. Bisher habt ihr leider noch nichts (ist inzwischen geschehen — d. Red.) zur ÖTV-Tarifrunde gebracht, die am 6. September mit den Beschlüssen der Großen Tarifkommission eingeläutet wird.
K.H., Dürrlauingen

Anregungen

Ein Freund von mir interessiert sich auch für eure Zeitung. Wenn es möglich ist (eigentlich blöd, es muß möglich sein) schickt ihm erst ein paar kostenlose Exemplare zu, damit er vom „Spiegel" und „Stern" ein wenig runterkommt.

Zum Schluß noch eine kleine Kritik, die ich schon vor Jahren einem Freund (in der Partei) vorgetragen habe. Ich versuche immer wieder den ganzen theoretischen Wahnsinn zu begreifen, aber hab es dann einfach aufgegeben. Besser sozialistisch leben und handeln als es zu studieren, hab ich mir gesagt. Es müßte doch möglich sein, Sozialismus, Kommunismus, Marxismus so zu beschreiben, daß es die verstehen, die letztendlich dadurch befreit werden sollen. Wenn sie das aber gar nicht übersetzen können, weil jedes vierte Wort „lateinisch" ist, kann man sie auch schlecht für diese Sache gewinnen.

Sonst habe ich — im Moment — nicht mehr zu meckern.
Mit rotem Gruß
R.G., Dormagen

Tadel

Genossen!
Mit der Veröffentlichung des Dubinsky-Artikels im RM Nr. 35 unter der Rubrik „Leserbriefe" habt ihr das Niveau einer Boulevardpresse bewiesen. Der Antikommunismus treibt auch in Form von Blindschüssen sein Unwesen, die irgendwann doch ein lohnendes Ziel finden könnten. Dubinskys „Aufsatz" ist ein alter Hut aus den 50er Jahren und richtet sich gegen den Klassiker Stalin, warum wohl gerade jetzt wieder? Allen Genossen, die Gefahr laufen, darauf reinzufallen, empfehle ich die Lektüre „Die Verschwörung des Blocks der Rechten und Trotzkisten". Von euch aber, Genossen Redakteure, erwünsche ich eine Stellungnahme auf der Basis ehrlicher Selbstkritik. Mit der allgemeinen Floskel, daß eben die Leserbriefe nicht immer eurer Meinung entsprechen, gebe ich mich diesmal nicht zufrieden. Für mich haben schwerwiegende politische Fehler immer noch Konsequenzen.

Zum Schluß noch ein paar Worte des Genossen Joachim Ringelnatz:

„Kleine Leute trachten Werken und Leben
Toter Größen zu schmälern und zu umkleben.
Würden diese nur einmal noch erwachen,
Ach, dann möchte ich sehen und hören,
Wie die Kleinen sie winselnd beschwören
Und die Großen die Kleinen schrecklich verlachen."

Rot Front aus Kiel,
E.A., (Bolschewik)

Spendenliste

Spenden für den Roten Morgen

	DM
Betriebszelle Ehrenreich, Düsseldorf	150,—
KPD Wilhelmshaven	400,—
insgesamt	550,—

Damit sind seit Jahresanfang **4375,95 DM** an Spenden für den RM bei uns eingegangen.

Spenden für die KPD

	DM
LBV Weser-Ems	438,—
W.v.L., Dortmund	20,—
KPD Bochum	210,—
KPD Duisburg	25,—
KPD Niedersachsen	188,87
W.H., München	100,—
insgesamt	981,87

Damit sind seit Jahresanfang **26072,17 DM** an Spenden für die KPD bei uns eingegangen.

Spenden für die britischen Bergarbeiter

	DM
W.B., Duisburg	100,—
Kollegen von HDW Kiel	171,—
G.N., Bremen	20,—
N.B., Dortmund	77,—
M.B., Düsseldorf	430,—
N.R., Bielefeld	150,—
R. u. Sch., Kiel	2000,—
H.L., Köln	10,—
K.K., Köln	50,—
P.R., Frankfurt	500,—
insgesamt	3508,—

Damit sind für die britischen Bergarbeiter bislang **4808,— DM** an Spenden bei uns eingegangen.
Allen Freunden und Genossen vielen Dank!

ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Deine Spende für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten", unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat" vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

„Die neue Armut"

Unter diesem Titel haben vier Journalisten des Rheinischen Journalistenbüros in Köln im Bund Verlag ein Buch veröffentlicht, mit dem Untertitel „Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung". Es ist nicht nur die erste Zusammenfassung der Auswirkungen der Sparoperationen 82 (Schmidt) und 84 (Kohl). Das allein wäre schon verdienstvoll genug. Es bringt darüber hinaus detaillierte Zahlen über Arbeitslose ohne Unterstützung, zahlreiche Fallreportagen und Dokumente. Verbunden damit eine Analyse der Entwicklung der Arbeitslosenversicherung seit Weimar und Vorschläge für ihre Verbesserung. Wir veröffentlichen auf dieser Seite Auszüge, die unserer Meinung nach repräsentativ für das ganze Buch sind. Sie sollen für jeden, der mit diesem Problem konfrontiert ist, eine Anregung sein, das Buch zu lesen. Sie sollen deutlich machen, wie gravierend die Verschlechterungen in diesem Bereich sind. In einer unserer kommenden Ausgaben werden wir auch noch auf die wichtigsten Vorstellungen der Autoren eingehen, aber davon unangetastet ist die Nützlichkeit dieses Werks.

Die Kürzungen beim Arbeitslosengeld

Zweimal wurde in den letzten Jahren bei der Höhe von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe der Rotstift angesetzt: durch das Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz (AFKG) 1982 und durch das Haushaltsbegleitgesetz 1984. Im folgendeb werden zunächst die Veränderungen beim Arbeitslosengeld beschrieben.

Operation 82: Die versteckte Kürzung

„Das Arbeitslosengeld beträgt 68 vom Hundert des um die gesetzlichen Abzüge, die bei Arbeitnehmern gewöhnlich anfallen, verminderten Arbeitsentgeltes" — so heißt es im Gesetzestext vor und nach der Verabschiedung des AFKG von 1982. Auf den ersten Blick schien also zum Jahreswechsel 81/82 alles beim Alten geblieben zu sein. Tatsächlich wurde jedoch die Berechnungsgrundlage für die Arbeitslosenunterstützung geändert. Das Nettoarbeitsentgelt, das die Arbeitsämter bei der Berechnung der Arbeitslosenunterstützung zugrundelegen, ist nicht zu verwechseln mit dem zuletzt verdienten Nettolohn. Für Überstunden, Weihnachtsgeld oder Urlaubsgeld müssen die Beschäftigten zwar Versicherungsabgaben zahlen. Doch bei der Berechnung des ALG werden diese Lohnbestandteile nicht mit angerechnet. Bis zur Verabschiedung des AFKG wurden immerhin noch die Überstundenzuschläge bei der ALG-Berechnung berücksichtigt. Doch seit dem 1.1.82 zählt nur noch der Lohn, den die Arbeitslosen vorher während der tariflichen Arbeitszeit — also in der Regel während einer 40-Stunden-Woche — verdient haben. Das so konstruierte Nettoarbeitsentgelt fällt deshalb meist niedriger aus als der tatsächliche Nettolohn. Dies bringt für die Betroffenen erhebliche Nachteile, wie die folgenden Berechnungen belegen:

Durch Weihnachts- und Urlaubsgeld wurde das Brutto-Jahreseinkommen der Arbeiter und Angestellten 1983 im Schnitt um 91 % eines Monatseinkommens aufgebessert. (3) Verteilt auf zwölf Moante erhöhte sich damit das Monatseinkommen im Schnitt um brutto 7,6 %. Im gleichen Jahr leisteten die Beschäftigten durchschnittlich pro Woche 1,51 Überstunden. (4) Das durchschnittliche Monatseinkommen vergrößerte sich — wenn man Überstundenzuschläge berücksichtigt — damit noch einmal um brutto 4,7 %. Es lag also 1983 im Schnitt um insgesamt 12,3 % (7, % Weihnachts- und Urlaubsgeld plus 4,7 % Mehrarbeitsverdienst) höher als das fiktiv errechnete „Arbeitsentgelt", das die Arbeitsämter für die Unterstützungshöhe zugrunde legen. Umgekehrt ausgedrückt: Nur 89 % des tatsächlichen Brutto-Monatseinkommens vor der Arbeitslosigkeit wurden 1983 bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes berücksichtigt.

Erschienen im Bund-Verlag, Köln, 1984, 171 Seiten, 12,80 DM.
Zu bestellen auch beim Verlag Roter Morgen.

„68 Prozent Arbeitslosengeld – das stimmt doch gar nicht"

Josef S. (52) arbeitete seit 1975 bei einer Bocholter Firma als Anstreicher. Anfang Februar 1983 wurde er entlassen. Josef S. verdiente in seinem letzten Arbeitsmonat

Bruttomonatslohn (40-Stunden-Woche)	*2 323 DM*
Überstundenentgelt (45 Stunden)	*604 DM*
Überstundenzuschlag (25%)	*151 DM*
Monatlicher Anteil Urlaubs- und Weihnachtsgeld	*96 DM*
Bruttolohn Januar 1983	*3 174 DM*

Er beantragte Arbeitslosengeld. Als Arbeitsentgelt im Sinne des AFG wurden jedoch nur die 2 323 DM bei der Berechnung des ALG zugrundegelegt, die Josef S. als Bruttolohn für die tarifliche Arbeitszeit von 40 Stunden bezog. Dies waren allerdings lediglich 73% seines tatsächlichen Monatslohns. Entsprechend niedrig fiel das Arbeitslosengeld aus. Das Arbeitsamt überwies dem Anstreicher als Verheiratetem nach „Leistungsgruppe C" nur 1 131 DM im Monat. Wäre sein ganzes Einkommen zugrunde gelegt worden, hätte der Anstreicher monatlich 1 482 DM, also 351 Mark mehr bekommen. Tatsächlich bezog er damit nur 51,9% seines vorherigen Netto-Einkommens als Arbeitslosengeld!
Ironie des Schicksals: Kurz vor seiner Arbeitslosigkeit mußte Josef S. das örtliche Arbeitsamt anstreichen. Der Anstreicher erinnert sich: „Da stand so ein Ständer mit Broschüren, da hab' ich gelesen, das Arbeitslosengeld wäre 68%. Das stimmt doch gar nicht."

Nach Abzug der Steuern und Sozialabgaben entspricht dies 90,3 % des tatsächlichen Netto-Monatseinkommens vor der Arbeitslosigkeit. (5) Das Arbeitslosengeld beträgt damit nicht 68 % des letzten Nettogehaltes, sondern nur 61,4 % (68 % von 90,3 %). (6)

Operation '84: Die offene Kürzung

Nach der versteckten Kürzung der Arbeitslosenunterstützung durch das AFKG 1982 folgte mit der Operation 1984 erstmals eine offene Kürzung. Erwerbslosen ohne Kinder wurde das Arbeitslosengeld um 5 Prozentpunkte gekürzt. Statt 68 % bekommen sie jetzt nur noch 63 % ihres letzten „Nettoarbeitsentgelts". Das sind im Schnitt nur 56,9 % (63 % von 90,3 % ihres Netto-Einkommens vor ihrer Arbeitslosigkeit. Rund zwei Drittel der Arbeitslosengeldbezieher vom Febraur 1984 waren von dieser weiteren Kürzung betroffen. Sie erhielten im Schnitt 71,69 Mark weniger im Monat als 1983. Damit spart die Bundesanstalt für Arbeit 1984 schätzungsweise 574 Millionen Mark ein. (7)
Noch wesentlich härter trifft die Operation 1984 diejenigen Erwerbslosen, die unmittelbar nach dem erfolgreichen Abschluß ihrer Ausbildung arbeitslos werden.

Arbeitslosengeld für Ex-Lehrlinge um ein Drittel gekürzt

Bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes gibt es eine Sonderregelung. Es wird nicht ihr letztes Einkommen (also das Ausbildungsentgelt) zugrunde gelegt, sondern ein Anteil des zu erwartenden Einkommens, das sie als Facharbeiter oder Angestellter verdienen könnten. Die Arbeitsämter prüfen also, für welche Arbeiten die arbeitslosen Ex-Lehrlinge qualifiziert sind und stellen den entsprechenden Tariflohn fest. Bis 1984 nahmen sie drei Viertel davon (75 %) als Bemessungsgrundlage für das ALG. Wer nach seiner Ausbildungszeit arbeitslos wurde, erhielt also bis 1984 ein ALG in Höhe von 51 % des zu erwartenden tariflichen Entgelts (68 % von 75 % des Einstieg-Tariflohns bzw. -gehalts).

Nach der Operation 1984 gehen die Arbeitsämter nur noch von der Hälfte und nicht mehr von drei Vierteln des zu erwartenden Einkommens aus, wenn sie das Arbeitslosengeld berechnen. Die Bemessungsgrundlage wurde also um ein Drittel von 75 % auf 50 % gekürzt. Weiterhin können erwerbslose Ex-Lehrlinge, die in der Regel ja auch kinderlos sind, ab Januar nur noch mit einem ALG von 63 % (und nicht mehr 68 %) rechnen. Arbeitslose Ex-Lehrlinge erhalten also als ALG in aller Regel nur noch 31,5 % (63 % von 50 %) des Einkommens, das sie an ihrem ersten Arbeitsplatz erhalten könnten.

Nur in wenigen Fällen, überwiegend im kaufmännischen Bereich, können die Arbeitsämter das ALG nicht in diesem Ausmaß kürzen. Wenn die Ausbildungsvergütung höher ist als die Hälfte des zu erwartenden Facharbeiter- bzw. Angestelltenlohns, dann muß bei der Berechnung des ALG der Lehrlingslohn zugrunde gelegt werden. Denn die Erwerbslosen haben dann durch die Arbeitslosenversicherungsbeiträge, die sie von ihrem „Lehrlingslohn" gezahlt haben, schon einen Rechtsanspruch auf ein höheres ALG erworben. Das ALG beträgt dann für Kinderlose 63 % des Ausbildungsentgeltes im letzten (in der Regel: dritten) Ausbildungsjahr. Das bedeutet, daß es auch in diesen Fällen seit 1984 wesentlich weniger ALG als vorher gibt.

T Ein Beispiel aus dem Bereich der kaufmännischen Berufe macht das deutlich: Im Tarifbereich „Bauhauptgewerbe" gab es mit 1041 DM Ende 1983/Anfang 1984 eine relativ hohe Ausbildungsvergütung für kaufmännische Auszubildende im 3. Lehrjahr. Das entsprechende Brutto-Einstiegsgehalt für Angestellte lag bei 1877 DM. Das Ausbildungsentgelt betrug damit 55 % des Angestelltengehalts. Seit 1984 ist damit hier das Ausbildungsentgelt Bemessungsgrundlage für das ALG. Wer in diesem Tarifbereich nach seiner Ausbildung erwerbslos wird, erhält damit heute nach der Leistungstabelle für das Jahr 1984 ein ALG in Höhe von 484 DM monatlich. 1983 waren noch 75 % des Einstiegsgehalts für Angestellte also 1408 DM, Bemessungsgrundlage für das ALG. Die Leistungstabelle für das Jahr 1983 weist für dieses (Brutto-)Entgelt ein ALG von monatlich 676 DM aus.

Durch die Operation 1984 ist damit das ALG für Auszubildende, die nach einer kaufmännischen Ausbildung im Bauhauptgewerbe nicht übernommen wurden, von monatlich 676 DM auf 484 DM gekürzt worden. Das macht unterm Strich ein Minus von 192 DM oder 28 %.

Nur wenige Lehrlinge haben jedoch ein vergleichbar hohes Ausbildungsentgelt. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI) hat eine Untersuchung über die Lohn- und Gehaltsstruktur in den wichtigsten Tarifbereichen (Stand: Januar 1983) vorgenommen. Danach überschritt im kaufmännischen Sektor nur in sieben von 25 Tarifbereichen das Ausbildungsentgelt des 3. Lehrjahres 50 % des Facharbeiterlohns. Im gewerblichen Bereich galt dies sogar nur für einen der 30 wichtigsten Tarifbereiche. Für fast alle arbeitslosen Ex-Lehrlinge aus dem gewerblichen Bereich sind damit die 50 % des Facharbeiterlohns, den sie erreichen könnten, die Bemessungsgrundlage zur Berechnung des ALG.

Für den gewerblichen Bereich läßt sich demnach auf der Grundlage der Einstiegslöhne für Facharbeiter ziemlich exakt berechnen, wie sich die Kürzungen des Jahres 1984 für Lehrlinge auswirken, die nach ihrer Ausbildung erwerbslos werden. In den vom WSI ausgewerteten Tarifverträgen lag der Tariflohn nach abgeschlossener Berufsausbildung im Januar 1983 im Schnitt bei brutto 2038 DM. Dieser Durchschnittslohn gilt für über 21jährige Facharbeiter. Für jüngere Facharbeiter sind noch altersspezifische Abzüge vorzunehmen. Bis zum vollendeten 18. Lebensjahr erhalten Jugendliche nur 89 % dieses Durchschnittsverdienstes, bis zum vollendeten 19. Lebensjahr im Schnitt 98 %. Für höhere Altersgruppen spielen altersspezifische Abzüge keine nennenswerte Rolle. Die so gewonnenen Werte haben wir um 3,2 % — dies entspricht der durchschnittlichen Tariflohn-Erhöhung im Jahre 1983 — nach oben hin korrigiert. Auf diese Weise haben wir die durchschnittlichen Einstiegslöhne für 17jährige, 18jährige und ältere Facharbeiter gewonnen. Die Bemessungsgrundlage für das ALG ist seit 1984 die Hälfte dieser Beiträge. Übersicht 15 zeigt, welche Folgen die jüngsten Gesetzesverschärfungen haben:

Für arbeitslose Ex-Lehrlinge des gewerblichen Bereichs wurde als ALG — je nach Alter — um 237 bis 258 DM monatlich gekürzt: Die Kürzungen machen damit 34 bis 35 % aus.

1984: Arbeitslosengeld heute niedriger als vor drei Jahren

Die Kürzungen der letzten Jahre zeigten Wirkung: Das durchschnittlich ausgezahlte Arbeitslosengeld im Februar 1984 fiel unter den Stand des Jahres 1981.

Bei diesen Zahlen muß man noch berücksichtigen, daß sich die Zusammensetzung der Erwerbslosen in den letzten Jahren verändert hat: Seit 1981 ist der Anteil der Männer und der beruflich qualifizierten Arbeitslosen an der Gesamtzahl der registrierten Erwerbslosen deutlich gestiegen. (8) Da diese Gruppen vor ihrer Arbeitslosigkeit aber mehr verdient hatten als unqualifizierte Lohnabhängige und Frauen, erhalten sie auch mehr ALG. (9) Würde man die Zusammensetzung der Arbeitslosen von 1981 zugrunde legen, so läge das durchschnittliche Arbeitslosengeld heute noch deutlicher unter dem damaligen Wert.

Die Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe

Obwohl immer mehr Erwerbslose — wie oben gezeigt wurde — auf die niedrige Arbeitslosenhilfe angewiesen sind, wurde auch hierbei ähnlich wie beim Arbeitslosengeld gestrichen und gespart. Bis 1984 lag die ALHI generell bei 58 % des „Nettoarbeitsentgelts" vor der Arbeitslosigkeit. Seit dem 1.1.1984 erhalten Erwerbslose ohne Kinder nur noch 56 % (58 % gibt es nur noch für Erwerbslose mit Kindern). Von dieser **Kürzung waren im Februar 1984** nur drei Viertel aller Bezieher von Arbeitslosenhilfe betroffen. Die Kürzungen laben im Schnitt bei 27 Mark im Monat. Damit **wurden im Jahr 1984 schätzungsweise 168 Millionen Mark** eingespart. (10)

Auch bei der Arbeitslosenhilfe wird nicht das tatsächliche Einkommen, sondern nur der Verdienst während der tariflichen Arbeitszeit berücksichtigt. Überstunden, Weihnachts- und Urlaubsgeld werden wie beim ALG nicht mitangerechnet. Die ALHI beträgt daher im Schnitt bei Erwerbslosen ohne Kinder nicht 56 %, sondern nur 50,6 % ihres Lohnes vor der Arbeitslosigkeit. Und Erwerbslose mit Kindern erhalten im Schnitt nicht 58 %, sondern nur 52,4 %.

Anmerkungen

(Die hier wiedergegebenen Anmerkungen entsprechen der Numerierung im Buch selbst.)

3 Der Bundesinnenminister für Arbeit und Sozialordnung, Tarifvertragliche Arbeitsbedingungen im Jahr 1983, Bonn, Januar 1984

4 Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung des IAB (Bundesanstalt für Arbeit) 4/83, S. 340

5 Der Unterschied zu den Bruttowerten ergibt sich dadurch, daß aufgrund des von den Arbeitsämtern fiktiv angesetzten niedrigen Buttogehaltes durch die Steuerprogression die Abzüge entsprechend auch etwas niedriger ausfallen

6 Eigene Berechnungen des Rheinischen Journalistenbüros für einen ledigen Durchschnittsverdiener

7 Von den von der Bundesanstalt für Arbeit angenommenen 1036000 ALG-Empfängern im Jahr 1984 sind 64,4 % von den Kürzungen betroffen. Das macht Einsparungen von 574 **Millionen Mark im Haushaltsjahr** 1984 aus. Die Bundesregierung weist als Folge der Kürzungen für Kinderlose beim ALG, Kurzarbeitergeld und Schlechtwettergeld insgesamt Einsparungen von 940 Millionen Mark für das Haushaltsjahr 1984 aus. (Quelle: Bundestagsdrucksache 10/335 vom 2.9. 1983).

8 Eine solche „Strukturveränderung" gibt es immer dann, wenn sich die Wirtschaftskrise verschärft und die Arbeitslosigkeit stark steigt. Dann nämlich verlieren auch mehr Lohnabhängige, die von ihrer Arbeitslosigkeit zu den Stammbelegschaften zählten, ihren Arbeitsplatz.

9 Im Oktober 1983 erhielten erwerbslose Frauen im Schnitt ein ALG von 723 DM; Männer dagegen monatlich 1117 DM (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 1/84, S. 52 ff.)

10 Die Bundesregierung schätzte die Haushaltseinsparungen für 1984 auf 115 Millionen Mark ein. Sie geht dabei offensichtlich von zu niedrigen Zahlen bei den ALHI-Empfängern aus. (Quelle: Bundestagsdrucksache 10/335 vom 2.9.83)

Schon lange schwelen Konflikte innerhalb der Vertretung des palästinensischen Volkes, innerhalb der PLO. Schon vor dem Abzug der letzten Kämpfer aus dem Libanon hat es offene Rebellion zwischen den Befreiungskämpfern gegeben. Spielte zunächst die Politik Syriens die Hauptrolle, kamen später immer mehr Konfliktpunkte hinzu.

Im Kampf um die letzten Stellungen der Palästinenser in der Nähe ihres von den israelischen Zionisten besetzten Heimatlandes hatte der syrische Staatschef Assad eigene Ziele verfolgt, hatte versucht, auf den Kampf der Palästinenser massiv Einfluß zu nehmen. Dabei hat er auch Teile der Organisation Al-Fatah auf seine Seite bekommen. Die militärische Stärke und die strategische Lage Syriens — als notwendiges Hinterland für die Befreiungskämpfer — sollte von Assad ausgenutzt werden, um von Damaskus aus die Politik der PLO zu bestimmen.

Nach dem Abzug der Kämpfer aus Tripolis im Libanon wuchsen die Widersprüche im palästinensischen Lager. Vor allem die Gespräche des Führers der Al-Fatah, Yassir Arafats, mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak und dem König Hussein von Jordanien stießen auf breite Kritik. Nach monatelangen Gesprächen zwischen rivalisierenden Gruppierungen einigte man sich jetzt auf einen Kongreß der Palästinensische Befreiungsfront PLO für die zweite Septemberhälfte in Algier. Alle wichtigen Gruppen, die Al-Fatah, die PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) und die DFLP (Demokratische Front für die Befreiung Palästinas) unterstützen die Einberufung des Kongresses.

Wir geben im folgenden die Erklärung der Informationsstelle Palästinas wieder, wie sie im „Palästina Bulletin" vom 7.9. abgedruckt war. Obwohl hier nicht immer sehr konkret argumentiert wird, meinen wir, daß dieser Text sowohl die Tiefe des Konflikts im palästinensischen Lager wiedergibt, als auch das Bemühen, über die Einberufung des PLO-Kongresses, der praktisch das Exil-Parlament der Palästinenser ist, aus den Schwierigkeiten herauszukommen und wieder einheitlich an der Aufgabe der Befreiung des palästinensischen Volkes zu arbeiten und dem leidgeprüften Volk eine Heimat, einen eigenen Staat zu verschaffen. Für dieses Ziel gelten dem Kongreß unsere besten Wünsche.



Im Kreuzfeuer der Kritik: Yassir Arafat

Palästinensischer Nationalrat:

Die Verhandlungen gehen weiter

Tunis, 5. 9. 1984. In der vergangenen Woche fanden in Tunis eine Reihe vn offiziellen, vorher nicht angekündigten Treffen zwischen Mitgliedern des Zentralkomitees von Al Fatah und Vertretern der demokratischen Allianz statt. Bei dieser Zusammenkunft traf der Vorsitzende der PLO, Yassir Arafat, mit einer Delegation der demokratischen Allianz zusammen, die nach Tunis gekommen war, um noch einmal zu bestätigen, daß sie an Wort, Geist und Wesen der Übereinkunft von Aden und Algier festhalte. Mitglieder der Delegation teilten darüber hinaus mit, daß sie diese Übereinkunft gegen alle Anfechtungen verteidigen werden, deren Ziel es ist, diese zu entkräften und zu unterlaufen. Die Delegation verlieh ihrem Willen Ausdruck, all diesen Versuchen entgegenzutreten, die die Arbeit der recht mäßigen Institutionen der PLO erschweren.

In diesem Zusammenhang brachte die Delegation der demokratischen Allianz eine Reihe von Problemen vor, mit denen sie konfrontiert ist, aufgrund des Drucks, der besonders von syrischer Seite auf sie ausgeübt wird.

Als Antwort darauf erklärte das Zentralkomitee Al Fatahs die Bedeutung und die Notwendigkeit der Zusammenkunft des Palästinensischen Nationalrats (PNR) zum bereits festgesetzten Zeitpunkt in Algier. Weiter heißt es, daß Al Fatah sich nach Aufnahme des demokratischen Dialogs keiner Provokation oder Drohung beugen werde, von welcher Seite diese auch immer kommen mag. Die Delegation der demokratischen Allianz billigte diesen Standpunkt. Sie wird nach Algier reisen, um mit allen beteiligten Parteien in Anwesenheit der algerischen und jemenitischen Brüder die Details abschließend zu klären.

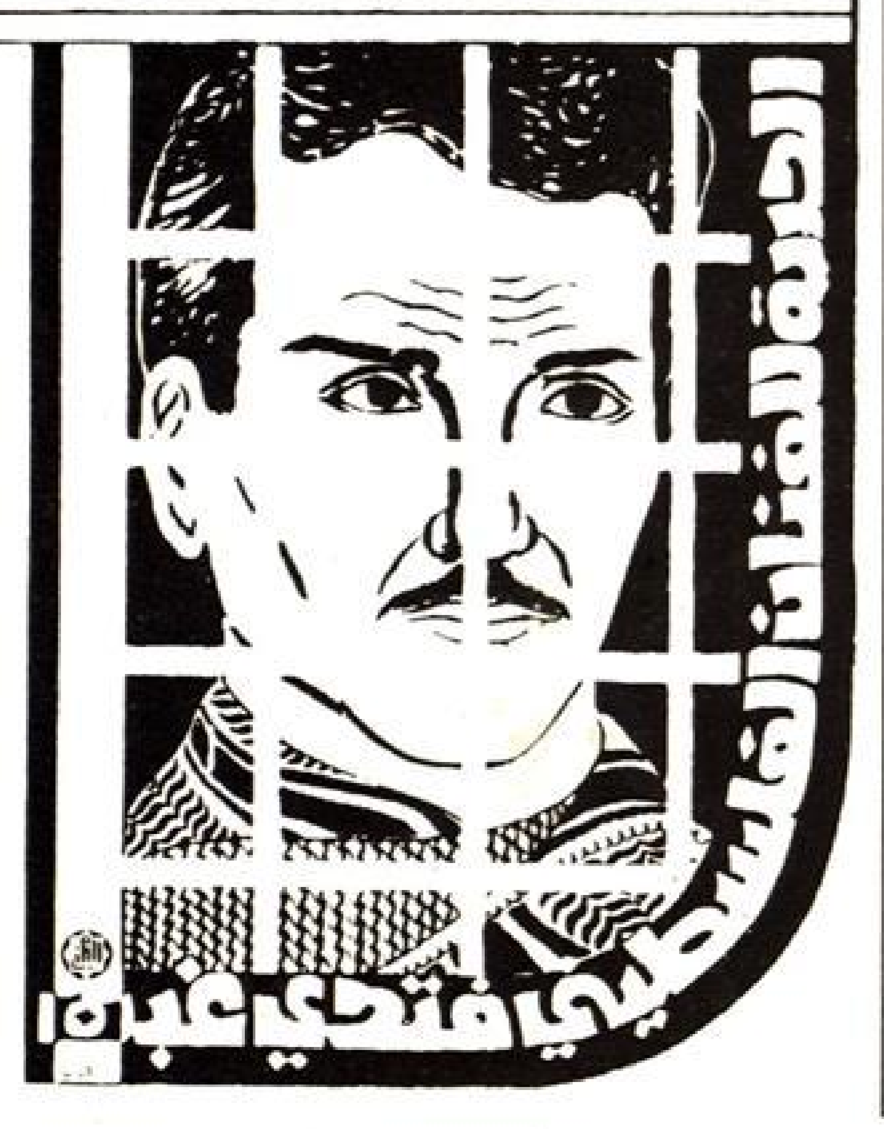
Das Kommuniqué, das von der demokratischen Allianz in Damaskus am vergangenen Samstag herausgegeben wurde, bestätigt das Interesse aller Teile der palästinensischen Revolution an der Einheit unter Führung der PLO. Alle beteiligten palästinensischen und syrischen Gruppen wurden darin aufgerufen, allen palästinensischen Gruppen den Weg zu ebnen, an der kommenden Sitzung des PNR teilzunehmen, der wie zuvor übereingekommen in der 2. Septemberhälfte in Algier stattfinden wird. Weiterhin wurden Streitkräfte, Politiker und arabische Patrioten aufgefordert zu handeln, um die Anstrengungen und die Vermittlungsbemühungen zur Wiederherstellung der Einheit der PLO zum Erfolg zu führen, die Arbeit der rechtmäßigen Institutionen der PLO weiterzuentwickeln und dafür zu sorgen, daß man gemeinsam an der Sitzung des PNR teilnimmt.

Yassir Arafat gab im Anschluß daran folgende Erklärung ab: „Das Zusammentreten des PNR enthüllt die Verschwörung und entlarvt die Verschwörer. Es bestätigt einmal mehr die Fähigkeit unseres Volkes und seiner nationalen, patriotischen Führung, die Verschwörung zu verhindern und die Verschwörer zu besiegen."

Auch von militärischer Seite wurde ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem auf die Dringlichkeit hingewiesen wird, Ort und Zeit des Zusammentretens des PNR einzuhalten.

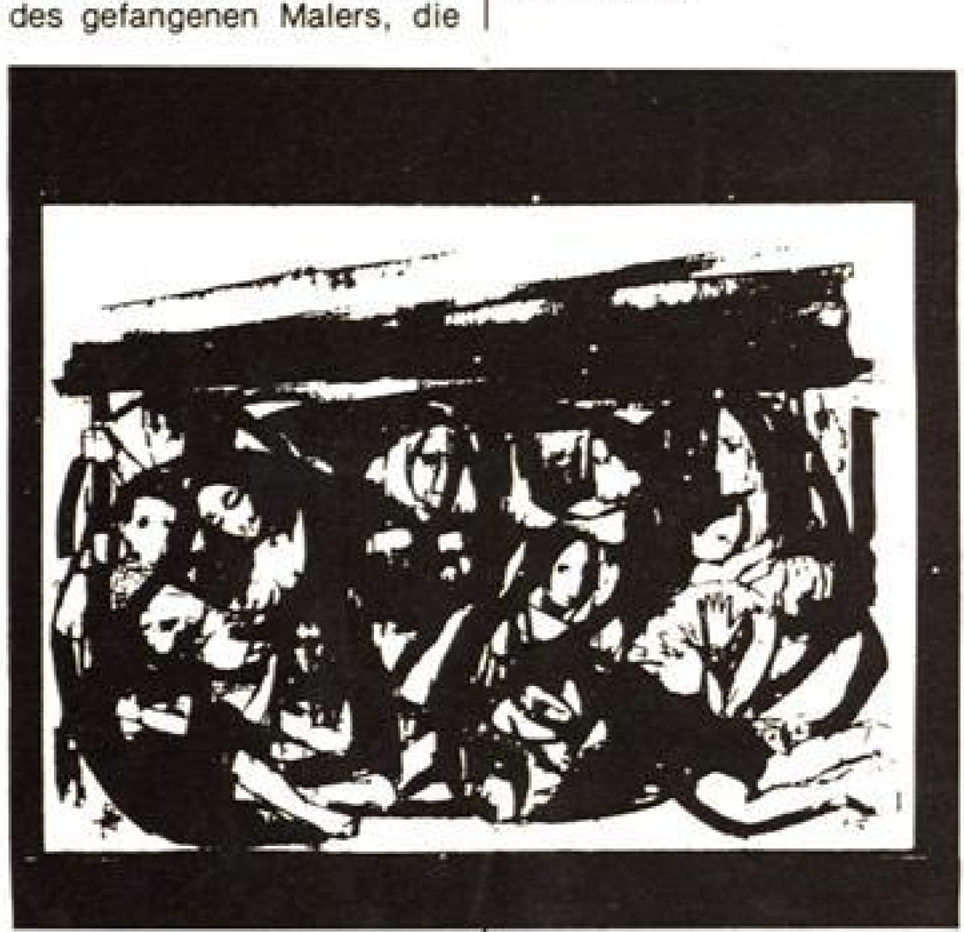
Ebenso äußerten sich die palästinensischen Gewerkschaften, Volks- und Berufsorganisationen. Sie unternahmen zahlreiche Aktivitäten in dieser Richtung und schickten ein Memorandum an den Präsidenten des PNR, in dem er aufgefordert wird, die Einladung zum PNR zum festgesetzten Termin und Ort auszusprechen.

Freiheit für Fathi Ghabin



Der palästinensische Maler Fathi Ghabin sitzt in einem zionistischen Gefängnis. Wegen „aufrührerischer Malerei"(!) ist er zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Um diesen skandalösen Fall anzuprangern und konkrete Hilfe für dessen Frau zu leisten, kamen im Juni in Jerusalem viele palästinensische Künstler zu einem Solidaritätstag zusammen. Es gab eine Verkaufsausstellung palästinensischer Malerei und viele Maler boten an, Portraits an Ort und Stelle zu malen. Diese Möglichkeit wurde viel genutzt, und so konnte der Frau des gefangenen Malers, die mit sieben Kindern im Lager Jabalya in Gaza lebt, gut geholfen werden.

Das Künstlertreffen — das erste seiner Art in dem von Israel besetzten palästinensischen Gebiet — verabschiedete auch eine Presseerklärung, die die Inhaftierung Ghabins verurteilt. Die Erklärung unter der Losung „Hände weg von Ghabin" rief die israelische und internationale Öffentlichkeit auf, sich ihrer Forderung „nach Freilassung eines einzelnen, der im Gefängnis sitzt, weil er sich in seiner Kunst ausdrückte", anzuschließen.



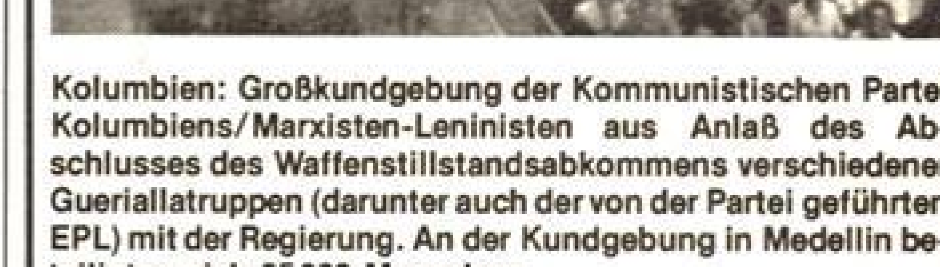
Malerei des Widerstands: eine palästinensische Arbeit über das Leben im Lager in den besetzten Gebieten

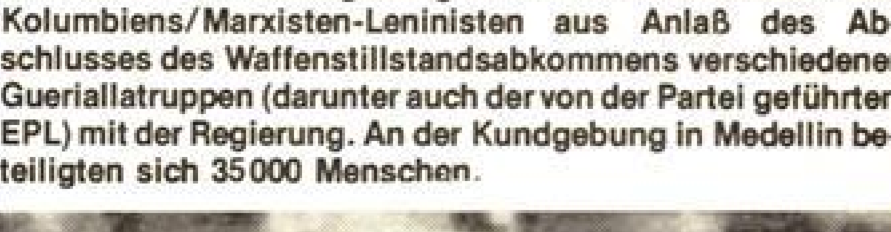
Revolución

Organo Central del Partido Comunista de Colombia (marxista leninista)

In ihrer jüngsten Ausgabe berichtet die Zeitung „Revolucion", Zentralorgan der Kommunistischen Partei Kolumbiens(M-L) über die im ganzen Land begangenen Veranstaltungen und Feierlichkeiten anläßlich des Waffenstillstandsabkommens zwischen der kolumbianischen Regierung und verschiedenen Guerillaorganisationen. Aus „Revolucion" sind auch die folgenden Bilder.

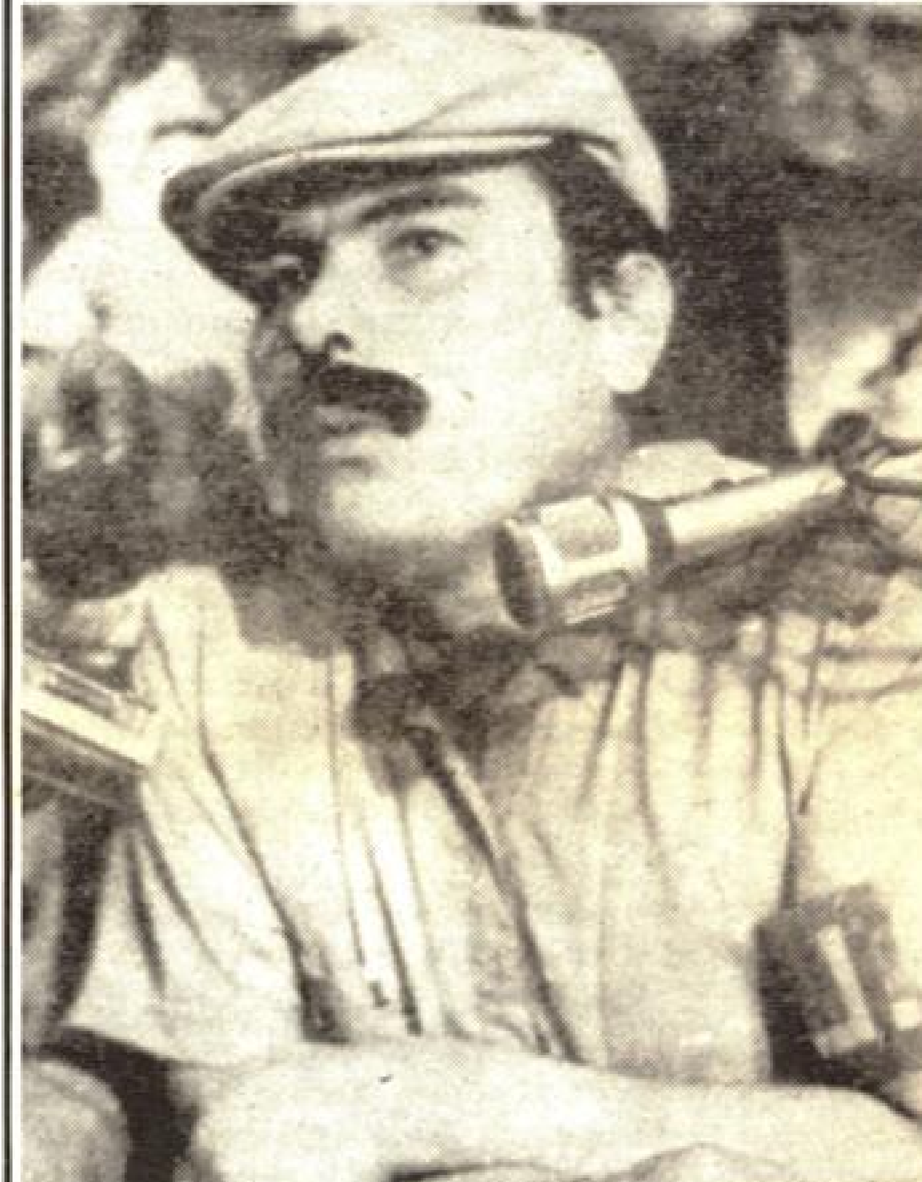


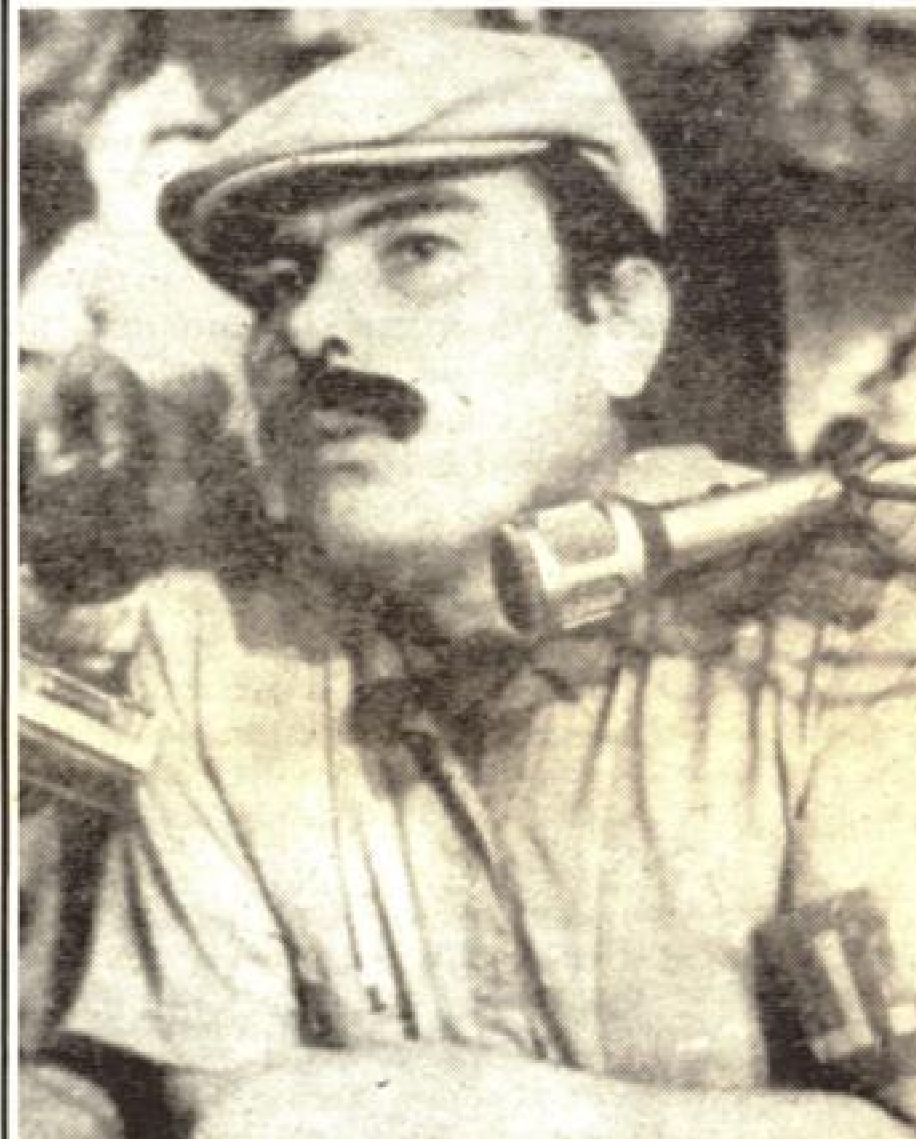


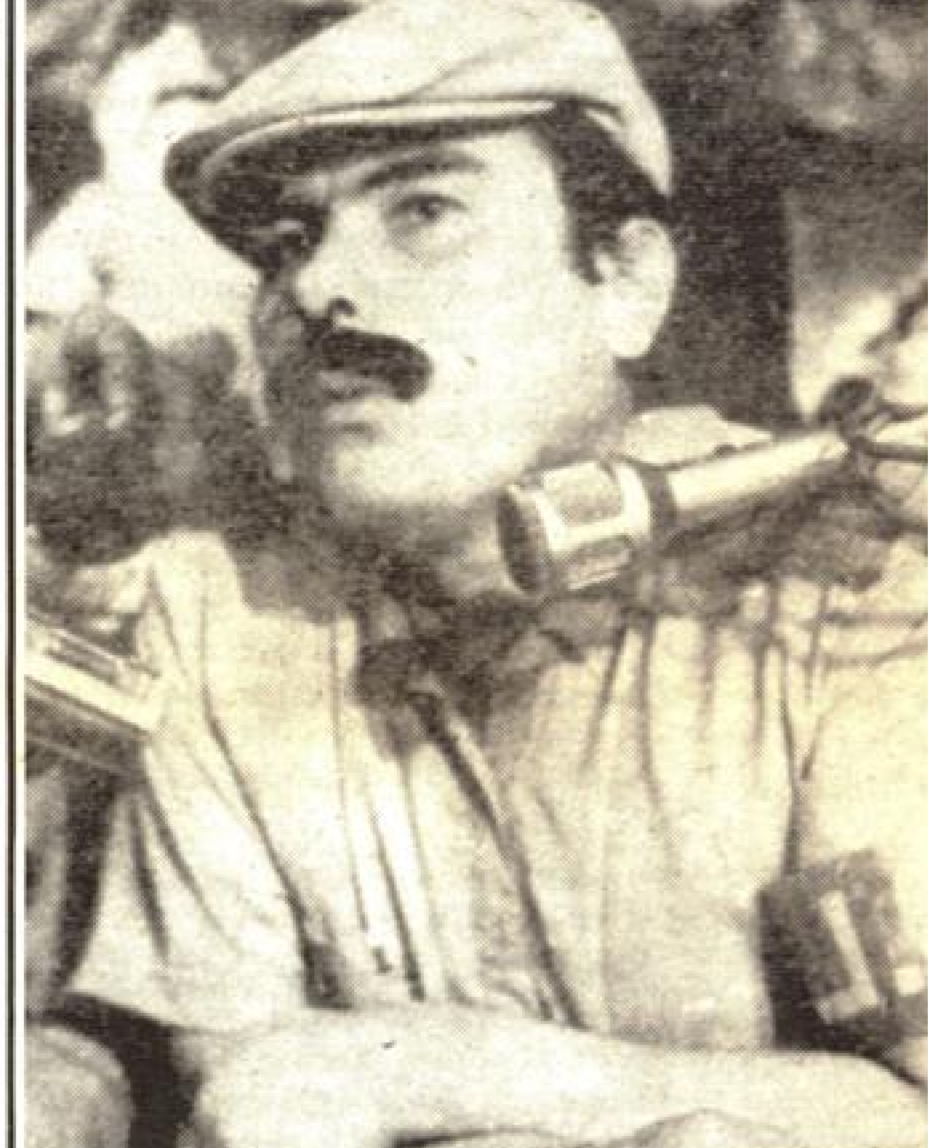




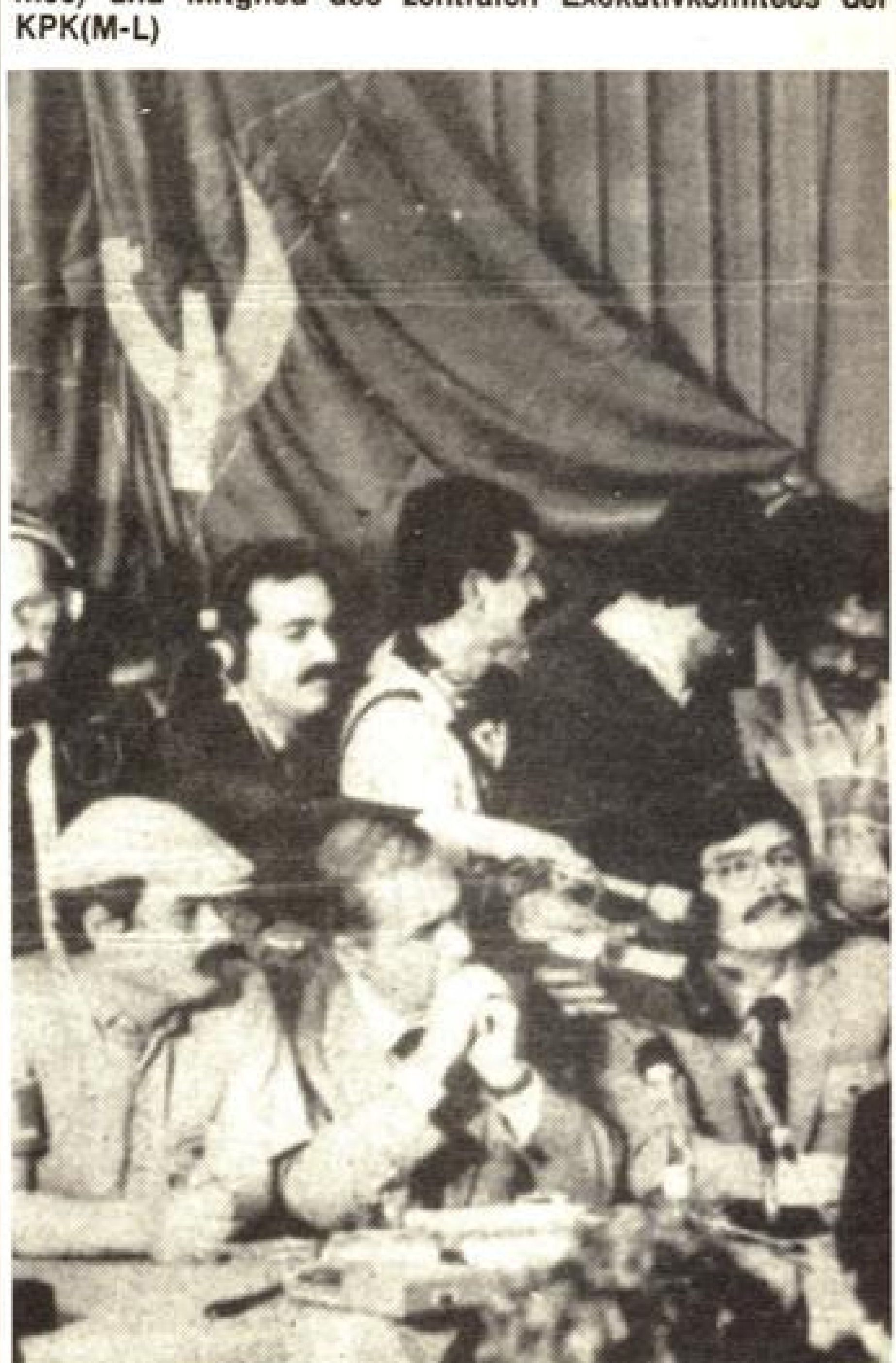
Kolumbien: Großkundgebung der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten aus Anlaß des Abschlusses des Waffenstillstandsabkommens verschiedener Gueriallatruppen (darunter auch der von der Partei geführten EPL) mit der Regierung. An der Kundgebung in Medellin beteiligten sich 35000 Menschen.







Ernesto Rojas, Kommandant der EPL (Volksbefreiungsarmee) und Mitglied des zentralen Exekutivkomitees der KPK(M-L)



Im Hintergrund die Fahne der Partei beim offiziellen Unterzeichnungsakt mit Regierungsvertretern

Meldungen

Frankreich

Schnelle Eingreiftruppe

Der Verteidigungsminister der „sozialistischen" Regierung Frankreichs, Charles Hernu, hat den Aufbau einer „schnellen Eingreiftruppe" angekündigt. Nach seinen Worten soll sie das „Gleichgewicht des Friedens in Europa und der Welt" aufrechterhalten. Diese „große strategische Neuheit", so Hernu, soll eine Armee-Einheit von 47000 Mann sein. Ihr sollen unter anderem drei Regimenter mit 240 (deutsch-französischen) Kampfhubschraubern angehören, die rund 400 Panzerabwehrraketen zur Verfügung haben. Unterstützt werden sollen diese Einheiten von einer „leichten" Panzerdivision, die bereits im Juli dieses Jahres aufgestellt wurde.

England

Schnelle Eingreiftruppe

Die Londoner Sonntagszeitung „The Sunday Times" berichtet in ihrer jüngsten Ausgabe, daß Großbritannien eine schnelle Eingreiftruppe aufbauen will, die insbesondere für Einsätze in Afrika und auf den Antillen bestimmt ist. Das britische Verteidigungsministerium hat jeden Kommentar zu dieser Meldung abgelehnt. Der „Sunday Times" zufolge, wurde der Aufbau dieser Truppe beschlossen, nachdem sich im Falkland (Malvinen)-Konflikt gezeigt habe, daß die britische Armee nicht in der Lage sei, schnell genug in großer Entfernung zu intervenieren.

El Salvador

Todesschwadronen wieder aktiv

Der bei den Wahlen in El Salvador knapp unterlegene rechtsradikale Politiker Roberto d'Aubuisson, der als Chef und Organisator der Todesschwadronen gilt, hat drei Monate nach seiner Wahlniederlage seinen politischen Anhang reorganisiert. Mit einer spektakulären Säuberung seiner Reihen hat er alle Voraussetzungen dafür geschaffen, daß seine ARENA-Partei wieder einheitlich auf ultrarechtem, faschistischem Kurs marschiert.

Aus der ARENA-Partei wurden sämtliche Kritiker herausgesäubert, die den ultrarechten Kurs d'Aubuissons für die Wahlniederlage verantwortlich machten. Auch der bisherige zweite Mann der Partei, Barrera fiel der Säuberung zum Opfer. Es ist zu erwarten, daß der Terror, der von der ARENA-Partei gesteuert, schon tausende Todesopfer gefordert hat, wieder verstärkt losgeht.

Spendenaktion

„Waffen für El Salvador"

Postscheck Berlin/West
288 59 - 107
Sonderkonto
Bankleitzahl 100 100 10
Freunde der alternativen Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65

Terror in der Osttürkei

Hetzjagd auf Kurden

Die Kriegsrechtskommandantur der ostanatolischen Stadt Diyarbakir hat zugegeben, daß in der letzten Zeit in der Osttürkei zahlreiche militärische Operationen gegen die kurdische Bevölkerung in dieser Region gelaufen sind. „Separatistische Aktivitäten" ist der gängige Vorwurf, der von den Militärs als Vorwand für die Terroraktionen genommen wird. Die kurdische Bevölkerung in der Türkei wird von der Militärjunta brutal unterdrückt, hat keinerlei politische, kulturelle Rechte, all ihre Organisationen sind verboten, werden verfolgt.

435 Verhaftungen wegen „separatistischer Aktivitäten" gab die Kriegsrechtskommandantur am vergangenen Freitag bekannt. Während dieser Operation sind Dutzende von Dörfern systematisch durchkämmt worden. Nach Angaben aus der Türkei waren am 15. August „Peschmergas", Partisanen der PKK (Kurdische Arbeiterpartei) aktiv geworden und hatten Gendarmerieeinrichtungen und Militärstützpunkte in Eruh und Semdinli im Südosten der Türkei angegriffen und dabei zwei Soldaten getötet und elf weitere verwundet.

In der türkischen Presse wird seit Wochen über eine Welle von Operationen gegen „Terroristen und Räuber" berichtet. Dabei erschien auch ein Artikel, der unter Berufung auf Informationen der westdeutschen Agentur dpa



Auch vier Jahre nach dem Militärputsch: Terror der Militärs gegen das kurdische Volk in der Türkei (Archivbild)

(Deutsche Presse Agentur) meldete, 4000 türkische Soldaten seien bei der Verfolgung von Kurden bis zu 50 Kilometer weit auf iranisches und irakisches Territorium vorgedrungen. Zwar dementierte die Kriegsrechtskommandantur von Diyarbakir diese Meldung, es wäre aber nicht das erste Mal gewesen, daß die türkische Armee im Einverständnis mit den Regimes von Irak und Iran ihren Vernichtungsfeldzug gegen die Kurden auch auf fremdem Territorium fortsetzt. Beide Nachbarstaaten der Türkei im Osten, der Iran und der Irak unterdrücken ebenfalls das kurdische Volk und sympathisieren mit dem Vorgehen der faschistischen türkischen Militärs.

In Dayarbakir, der Provinzhauptstadt des Ostens der Türkei, laufen weiter Massenprozesse. Letzte Informationen gibt es von einem Verfahren gegen die kurdische Organisation KAWA. Der Militärankläger hat für 17 Angeklagte die Todesstrafe beantragt, weitere 168 Angeklagte sollen für ein bis 24 Jahre hinter Gitter. Die meisten Vorwürfe betreffen politische Aktivitäten vor der Zeit des Militärputsches im September 1980.

Schon mehrfach berichtete der Rote Morgen in den vergangenen Wochen über die politische Unterdrückung in Marokko, über die harten Strafen gegen Oppositionelle, über deren Kampf in den Gefängnissen. Unmenschliche Behandlung, skandalöse Haftbedingungen haben die Gefangenen mit einem Hungerstreik beantwortet. Erste Todesopfer hat es gegeben. Während die bürgerliche Presse über die Feierlichkeiten zur Hochzeit der Königstochter berichtete, erreichte uns ein Appell politischer Gefangener aus dem Zentralgefängnis von Marokko. Hier wird nochmals deutlich, daß der Terror sich nicht nur gegen die Festgenommenen richtet, die im Frühjahr die sogenannten Brotunruhen anführten, sondern gegen jegliche politische Opposition gegen das reaktionäre Regime von Marokko.

Mitteilung der politischen Gefangenen im Zentralgefängnis Marokkos. AUFRUF, DAS LEBEN DER POLITISCHEN GEFANGENEN ZU RETTEN, DIE ZUM TODE VERURTEILT SIND.

Am 31. Juli 1984 hat der Gerichtshof von Casablanca äußerst harte Urteile gefällt gegen 71 Bürger, denen Zugehörigkeit zu islamisch-politischen Strömungen vorgehalten wurde. 13 von ihnen wurden zum Tode und 34 zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Mehrheit dieser politischen Gefangenen wurde schon 1982 und 1983 verhaftet und seither an geheimen Orten festgehalten, wo sie während langer Monate physische und psychische Folterungen erleiden mußten. Jeder Patriot und Demokrat kann nicht anders als solche Urteile verurteilen. Übrigens zeichnen sich alle politischen Prozesse in Marokko durch harte, äußerst ungerechte Richtersprüche aus, die von höchster Instanz kommen: Dies gilt besonders für die letzte Reihe von Prozessen von 1984, die in verschiedenen Städten des Landes stattfanden.

Solche Gerichtsurteile sind ein Teil der Unterdrückung, die auf den Volksmassen lastet und stellen unter Beweis, daß von demokratischen Rechten keine Rede sein kann, besonders nicht von der Meinungsfreiheit, der Redefreiheit und der Glaubensfreiheit. Wir, die politischen Gefangenen, die unterzeichnet haben, rufen dazu auf, das Leben der zu Tode verurteilten politischen Gefangenen zu retten. Wir fordern die Aufhebung all dieser ungerechten Gerichtsurteile. Wir appellieren an die demokratischen Kräfte zu handeln bevor es zu spät ist.

Zentralgefängnis, Kenitra, Marokko
30. 7. 1984
gez. 57 Unterschriften

Israel

Regierung zur Rettung des Zionismus

Nach wochenlangem Hickhack um Posten und Programmdetails hat Israel eine neue Regierung. Einigkeit in den wichtigsten Punkten, wie der Kontrolle des Südlibanon, der Weiterführung der Siedlungspolitik in den palästinensischen Gebieten und Raubpolitik an der Bevölkerung zur Finanzierung des zionistischen Expansionismus ist die Grundlage der neuen Regierung. In Details ist man zerstritten wie eh und je — stabil darf sich diese Regierung wirklich nicht nennen.

Acht Parteien gehören der neuen Regierung, weitere acht Listen bilden die zerstrittene Opposition. Da steht die äußerste Rechte mit dem Terroristen Rabbi Kahane und die „Thehiya"-Partei auf der einen, die revisionistische, kommunistische „Demokratische Front" und die „Progressive Friedensliste" auf der anderen Seite, und die erst kurz vor der Regierungsbildung aus Peres' Lager abgesprungene Bürgerrechtsliste MAPAM zwischen allen.

Einig ist sich der Regierungsblock über Maßnahmen, die die *„Sicherheit der israelischen Nordgrenze"* betreffen, nämlich ein ganz langsamer Truppenabzug und der Aufbau israelhöriger Milizen im Südlibanon. Auch das Siedlungsprogramm wird weitergeführt, der Staat Israel wird sich weiter mit allen Mitteln in den besetzten palästinensischen Gebieten breit machen.

Das alles kostet natürlich unheimlich viel Geld. Expansionismus und der Unterhalt der riesigen Militärmaschinerie übersteigt schon lange die Wirtschaftskraft des Landes. 400 Prozent Inflation und ein enormes Zahlungsdefizit soll jetzt durch ein drastisches Sparprogramm abgebaut werden. Der neue israelische Finanzminister Modai nannte die Wirtschaftskrise, *„schlimm, viel schlimmer, als ich mir das vorgestellt hatte"*. Die Abwertung der Landeswährung Schekel um 9 Prozent und die Kürzung der öffentlichen Ausgaben um rund 5 Prozent, die insgesamt vor allem die einfachen Leute treffen werden, reichen aber lange nicht aus, um den Problemen beizukommen.

Aber eine Maßnahme steht noch aus: ein weiterer Bittgang nach Washington. Der Förderer des israelischen Zionismus, der US-Imperialismus wird wieder tief in den Dollar-Sack greifen müssen.

Ministerpräsident Peres hat als erste Tat eine Reise in die USA angekündigt. Die gemeinsame Feindschaft gegen das palästinensische Volk und alle Bestrebungen im Nahen Osten, die Unabhängigkeit vom westlichen Imperialismus und seinem Vorposten, dem israelischen Zionismus wollen, wird die USA schon zu weiterer Hilfe an das bankrotte Staatswesen Israel bringen.

SOLIDARITÄT MIT DEN STREIKENDEN BRITISCHEN BERGARBEITERN



Eine DIN-A2-große Spendenquittung ist das letzte RM-Poster. Das Plakat, das die streikenden britischen Bergleute gegen die Polizeiübergriffe gemacht haben, gibt es gegen eine Spende von 5 Mark. Davon gehen 3 Mark direkt aufs Solidaritätskonto. Das Poster, auf gutem Papier gedruckt, ist zweifarbig und kann bestellt werden bei: RM-Verlag, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Spenden

(als Scheck oder Postanweisung)
an
National Union of Mineworkers (Kent Area)
Miners Office account 30131703
Waterside House
Cherry Tree Avenue
Dover CT 16 2 NJ, England
oder an Verlag RM
Stadtsparkasse Dortmund Kto.-Nr. 321000290, (BLZ 44050199) Stichwort „Bergarbeiter"

Azania

Keine Ruhe in Südafrika

Die schwere politische Schlappe des südafrikanischen Rassistenregimes, hervorgerufen durch den massiven Wahlboykott bei den Wahlen für nichtweiße Bürger Azanias (Mischlinge und Inder) versucht Staatschef Botha durch kosmetische Operationen zu bereinigen. Erstmals wurden zwei nichtweiße Politiker ins Kabinett berufen. Aber nicht etwa als vollwertige Mitglieder im Ministerrang, sondern als Minderheitenvertreter.

Die Parlamentskammern für Mischlinge und Inder haben keinerlei politische Macht, ihre Vertreter auch nicht. Das hatten große Teile der Bevölkerung erkannt und durch den Wahlboykott kritisiert. Daß außerdem dreiviertel der Bevölkerung des Landes, die schwarze Bevölkerung nämlich, keinerlei politische Rechte hat, soll nach dem Willen der Herrschenden auch so bleiben: Botha sagte, daß es nach der „Reform" mit dem Drei-Kammer-Parlament *„eine vierte Kammer für Schwarze nicht geben"* wird. Über die eingesetzten nichtweißen Politiker im Kabinett äußerte er sich wie folgt: *„Sobald ich einen Farbigen oder Inder finde, der mit allgemeinen politischen Problemen umgehen kann, werde ich nicht zögern, ihn zum Minister zu ernennen"*.

Dieser fanatische Rassismus der Herrschenden bleibt, gerade in den letzten Wochen nicht ohne Antwort. Die langandauernden Schülerunruhen, die Auseinandersetzungen um den Wahlboykott, die die Polizei und Militär verhindern wollten, und die Unruhen in den Armenvierteln, wo sich das soziale Elend immer mehr steigerte, haben gezeigt, daß es weiterhin massiven Widerstand gibt. Die vielen Todesopfer, vor allem unter den jugendlichen Schwarzen, haben den Widerstand auch nicht eindämmen können. Im Gegenteil, jede Beerdigung der Opfer wird zu einer eindrucksvollen Demonstration gegen das Apartheidsregime. Obwohl die Behörden in der Regel nur die engsten Verwandten zu Beerdigungen von Opfern der Staatsgewalt zulassen, kommen immer wieder Tausende. Diese Kundgebungen und Demonstrationen anläßlich der Beerdigungen sind in diesen Tagen in Südafrika immer wieder Kampfansagen an das Rassistenregime von Pretoria.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW



Dokumentation einer modernen Form von Vampirismus

BLUTERNTE

Am 5. Oktober wird in Frankfurt der Dokumentarfilm „Bluternte" Premiere haben, der das Geschäft mit Blutplasma kritisch darstellt. Erste Informationen über den Film entnahmen wir einer Info-Broschüre der gemeinnützigen „Mathias-Film". Darin heißt es unter anderem:
Bluternte zeigt die verschiedenen Ebenen des „großen Geschäfts mit dem Blut".

Slums sind die bevorzugten Standorte für „Blutbanken", das sind kommerzielle Blutspendezentralen, in denen vorwiegend mittellose Menschen ihr Blut verkaufen.

So werden die Armen zu Rohstofflieferanten der Reichen: 80 Prozent des in „Blutbanken" gewonnenen Blutplasmas werden von Westeuropa, USA und Japan verbraucht — den wohlhabendsten Industrieländern.

Über das hierzulande fast unbekannte Geschäft mit dem Blut, das nicht nur in den Ländern der dritten Welt, sondern auch in den Armenvierteln der nordamerikanischen Großstädte blüht, berichtet der Film unter weitgehendem Verzicht auf Kommentar.

Die aufrüttelnde Dokumentation besteht aus einer Montage von Nachrichten, Fotomaterial, Filmausschnitten, Originalszenen von Vertretern der beteiligten Chemiekonzerne und betroffener Blutspender, den ungleichen Partnern beim „Welthandel mit Blut".

„Wollen Sie wissen, wie Sie noch zusätzlich Geld verdienen können? Werden Sie doch einfach Plasmaspender!", tönt es während einer Autofahrt über die Rundfunkstation in Los Angeles aus dem Radio.

So und ähnlich werben sie, die Blutbanken. „Cash"-Bargeld auf die Hand ermöglicht den Mittellosen, durch den Verkauf ihres Lebenssaftes zu überleben. Menschliches Blut aus den Slums der USA und der dritten Welt, aber auch von Sozialhilfe- und Bafög-Empfängern in der BRD **wird für bare Münze beim** *Spender „geerntet" — und damit zur gewinnbringenden Ware.*

Der Handel mit Blutplasma ist ein weltweit organisiertes Millionengeschäft geworden. Auf ein perfekt organi-


Blutbank in den USA

siertes Sammelsystem menschlichen Blutplasmas stießen wir in den USA. Prämiensysteme oder sogenannte Aufwandsentschädigungen locken ein Heer Unterprivilegierter an, für die das Blutspenden zum Beruf geworden ist. Nirgends sonst darf Spendern so viel Blutplasma abgenommen werden. Weit mehr als 300 kommerzielle Blutbanken mit mehr als 300 000 registrierten Dauerspendern beliefern die plasmaverarbeitende Industrie. Auch deutsche Konzerne wie Hoechst und Bayer unterhalten dort Tochtergesellschaften. Ein in unserem Film interviewter Manager spricht von den USA als dem „OPEC des Plasmas".

Längst versorgen nicht mehr ausschließlich karitative Organisationen Kliniken, Armeen, Notfalldepots und Forschungslabors mit den in der modernen Medizin nicht mehr wegzudenkenden Blutprodukten. Multinationale Pharmakonzerne haben diese Markt entdeckt und seit 10 Jahren unter Kontrolle.

„Die Bundesrepublik ist für uns der lukrativste Markt für Plasmaprodukte", verkündet im Film ein Plasmaproduzent. Die BRD ist zudem weltgrößter Blutplasma-Einkäufer.

Das Buch zum Film „Bluternte — Das Blut der Armen für die Wohlfahrt der Reichen" ist in der Reihe rororo-aktuell erschienen. Die Autoren Gerd Fätkenheuer, Hanns-Christoph Koch (die beide auch am Film mitwirkten) und andere haben in Zusammenarbeit mit dem Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) sich lange mit dem Thema „Welthandel mit Blut" beschäftigt. Das Taschenbuch ist das Ergebnis der intensiven Recherchen. In dem Buch wird auch nachgewiesen, wie westdeutsche Pharma-Unter**nehmen am Handel mit Blut** beteiligt sind.

Bluternte — der Film wird nach der Frankfurter Premiere ab 5. Oktober in verschiedenen Programmkinos zu sehen sein, das Buch **Bluternte** ist bereits im Mai im Rowohlt Verlag als rororo-aktuell 5341 erschienen.

Neue Fernsehserie:

HEIMAT — kein deutsches Dallas!

Eine neue, elfteilige Serie im Fernsehen (ARD) hat am vergangenen Sonntag begonnen. Wer die erste Folge gesehen hat, wird schon gemerkt haben, daß es sich weder um einen Aufguß „bewährter und beliebter Familienserien" des deutschen Fernsehens handelt, noch um ähnlichen Quatsch wie Dallas oder Denver. Die Rede ist von dem Film „Heimat" — ein sechzehnstündiger Film, der in verschiedenen langen Teilen nun über die Mattscheibe flimmern wird.

Gezeigt wird die fiktive Geschichte der Familie Simon aus dem erfundenen Hunsrück-Dorf Schabbach. Der Film umfaßt einen Zeitraum von 63 Jahren, beginnend 1919, endend 1982. Über fünf Jahre hat das Team und Edgar Reitz daran gearbeitet. „Kreativität, Witz und menschliche Wärme" („Konkret") und vieles andere wird diesem Projekt von Kritikern nachgesagt. Die erste Folge schien das zu bestätigen. Wir möchten diese Serie unseren Lesern empfehlen und zitieren im folgenden Auszüge aus einer weiteren zustimmenden Kritik zu „Heimat", die Peter Schütte am vergangenen Wochenende in der „Frankfurter Rundschau" veröffentlichte. Er hatte die Möglichkeit „Heimat" in Venedig bei den Filmfestspielen 41. Mostra internationale del cinema ganz anzusehen und schrieb ein Loblied auf den Film:

Mit einer erfinderischen Kraft, einer sympathischen Beharrlichkeit und einer ästhetischen Sensibilität, die in der fünfjährigen Produktion und den 282 Drehtagen kaum nachließ, ist Edgar Reitz und (...) Peter Steinbach ein Filmepos gelungen, wie es seinesgleichen in der Kinematographie noch nicht gab.

Es hat die breite Tabu- und Angst-Zone des Schweigens, der Verdrängung, der begriffslosen Dunkelheit, welche sich über die Provinz, den Alltag in Deutschland zwischen dem Ende des Kaiserreichs und der jüngsten Gegenwart erstreckte, mit aller Kraft einer detaillierten Erinnerungs- und Phantasiearbeit, mit dem Blick auf die Ereignisse der Zeit, die direkt oder als Echowirkungen in diesen Mikrokosmos hineinwirken, und der Compassion (Mitleiden, RM) für die Menschen, die an ihnen teilhatten — als Opfer und Täter, Wissende und Unwissende, Gescheiterte und Erfolgreiche, in Glück und Unglück —: es hat diese HEIMAT uns unsere Geschichte von unten endlich einmal erzählt. (...)

Sicher ist HEIMAT in einem Augenblick entstanden, in dem das Vertrauen in und die intellektuelle Gewißheit von der Logik der Geschichte und der Suprematie (Vorherrschaft, RM) politischen Handelns geschwunden sind; in einem Augenblick der allseitigen Bedrohung, welche die Heimat des Menschen, die Erde, jederzeit endgültig vernichten könnte; in einem Augenblick der Orientierungs- und Utopielosigkeit, in dem nicht wenige ein schützendes, chimärisches **(hirngespinstiges, RM)** ***Dach zum Unterschlupfen suchen. In Edgar Reitz' Film werden sie dieses Dach nicht finden. Wenn wir auch nicht wissen, wohin wir gehen, so ist es doch wichtig zu wissen, woher wir kommen; und dem Verlorenen und Vergangenen sollten wir ein Andenken bewahren. Es war einmal: Heimat. Jetzt haben wir HEIMAT.***

Wenn es in unserem kulturellen Bewußtsein mit rechten Dingen zuging, so müßte man Edgar Ritz' HEIMAT nun z. B. neben Günter Grass' BLECHTROMMEL stellen.

Es gab schließlich auf der 41. Mostra internationale del cinema, die sich auf die unabänderliche Verbindung von Fernsehen und Film etwas zugute hielt, keine Arbeit, die aus dieser Zwangsehe unbeschadet hervorgegangen wäre als Edgar Reitz' knapp sechzehnstündiger Film. Die TV-Möglichkeit zu epischer Breite der Erzählung hat Reitz wie kein anderer genutzt; den autobiographischen Ansatz intensiviert und ins Objektive einer personenreichen, sechzig Jahre umfassenden Erzählung überführt; schließlich hat er technisch-handwerklich seine ästhetische Reflexion nicht von den Beengungen und der Routine des landläufigen Realismus bestimmen lassen.

Wenn es auf dem Lido eine Arbeit gab, welche alle Möglichkeiten des Kinos und des Fernsehens, der Filmgeschichte und -Gegenwart souverän ergriff und zu einer neuen Form zusammenfügte, dann war es einzig Edgar Reitz' HEIMAT.


Szenenfoto aus „Heimat"!

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mir - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover 91**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3**, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.